

Inhaltsverzeichnis

Top-Thema: Landtags- kooperation	Seite 2
Vorträge	Seite 4
Semester	Seite 7
Neue Gesichter an der DHV Speyer	Seite 16
Kurzmeldungen	Seite 20
Internationale Beziehungen	Seite 25
Sommerball	Seite 26
Weiterbildung	Seite 36
V. Führungskolleg	Seite 44
Studium	Seite 46
Personalien/Publikationen	Seite 50

Liebe Leserinnen und Leser,

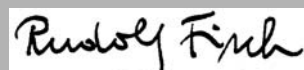
ich freue mich, Ihnen hiermit das bereits dritte SpeyerJournal vorstellen zu dürfen. Es berichtet über das Sommersemester 2003, das außergewöhnlich reich an Höhepunkten und Besonderheiten war. So wurde ein schon im vergangenen Semester auf den Weg gebrachtes Kooperationsabkommen zwischen dem Landtag Rheinland-Pfalz, der Hochschule und dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung geschlossen (unser Top-Thema). Seine ersten verheißungsvollen Früchte waren bereits in diesem Semester die Eröffnungsrede von Landtagspräsident Grimm sowie der Besuch österreichischer Parlamentarier an der Hochschule. Auch möchte ich die hochaktuelle Antrittsvorlesung von PD Dr. Annette Guckelberger, die großartige Abschiedsvorlesung von Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Klaus Lüder sowie an die Berufung von gleich zwei neuen Professoren an die Hochschule erwähnen.

Ein weiteres Highlight in diesem Sommersemester war das Ende des V. Führungskollegs Speyer, dessen Kollegiatinnen und Kollegiaten nach zwei Jahren intensiver berufs begleitender Weiterbildung nun ihre Zertifikate in Empfang nehmen durften und die außerdem aus Speyer die neuesten verwaltungswissenschaftlichen Erkenntnisse und modernstes Führungswissen mit in ihre Heimatbehörden zurückbringen.

Die größte Veranstaltung in der Weiterbildung setzte sich diesmal mit einem hochschulpolitisch aktuellen und hochbrisanten Thema auseinander: In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) ging es um die Patentverwertung in Wissenschaft und Wirtschaft nach Wegfall des Hochschullehrerprivilegs. Fast 200 Tagungsteilnehmer nutzten die Gelegenheit, um sich in Speyer über Chancen und Risiken der letzten Gesetzesänderungen zu informieren. Die Tagung hat gezeigt, dass aus der Zusammenarbeit von DHV Speyer und ZWM wichtige Impulse für das deutsche Hochschulwesen kommen können.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr



Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch
Rektor der DHV Speyer

Schätze der Verwaltungswissenschaft für das Parlament heben Semestereröffnungsvortrag des rheinland-pfälzischen Landtagspräsidenten Grimm und Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung

Verheißungsvoller Kooperationsbeginn: Der Semestereröffnungsvortrag des Präsidenten des Landtages Rheinland Pfalz, Christoph Grimm, zum Thema „Verwaltungswissenschaften und Volksvertretungen - Versuch einer Annäherung“ bildete den feierlichen Rahmen für die Unterzeichnung einer formellen Kooperationsvereinbarung zwischen dem rheinland-pfälzischen Landtag, der DHV Speyer und dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV).

Eine gewisse Aufbruchstimmung in eine Zeit zunehmender Verwissenschaftlichung parlamentarischer Arbeit vermittelte am Abend des 14. Mai 2003 der Semestereröffnungsvortrag des Präsidenten des rheinland-pfälzischen Landtages Christoph Grimm. „Verwaltungswissenschaften und Volksvertretungen - Versuch einer Annäherung“ lautete denn auch der Titel seines Vortrages, zu dem außer den Mitgliedern der Hochschule auch zahlreiche Professoren benachbarter Hochschulen sowie Parlamentarier und Angehörige der Landtagsverwaltungen aus verschiedenen Bundesländern in großer Zahl erschienen waren.



Semestereröffnungsvortrag von Landtagspräsident Grimm ...

Das Kooperationsprojekt, zu dem der Semestereröffnungsvortrag den glanzvollen Auftakt bildete, kann ein Modell für eine mögliche Zusammenarbeit von Hochschule und Forschungsinstitut mit anderen Landtagen darstellen. Darüber hinaus kann es auch den Kern bilden für ein föderales Forum des wissenschaftlichen Meinung- und Erfahrungsaustausches von Parlamentariern und Parlamentsmitarbeitern verschiedener Volksvertretungen.

Der Rektor der Hochschule, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, betonte daher in seinem

Grußwort den offenen Charakter der Kooperation und lud die anwesenden Mitglieder und Mitarbeiter der anderen Landtage herzlich ein, das Gedeihen der Kooperation zwischen DHV Speyer, FÖV und rheinland-pfälzischem Landtag aufmerksam zu beobachten und dann möglicherweise selbst an dem Modellprojekt teilzuhaben. Ganz besonders dankte der Rektor Frau Astrid Schmitt, MdL. Bei dem Besuch des von ihr geleiteten Haushalts- und Finanzausschusses des Landes Rheinland-Pfalz am 21. November 2002 (wir berichteten im Speyer Journal Nr. 2, Seite 19) hatte sich der gegenseitige Wunsch heraus-

kristallisiert, dass die drei Institutionen Landtag, Hochschule und Forschungsinstitut zukünftig enger zusammenarbeiten sollten. Nachdem sowohl der Ältestenrat des Landtages als auch der Senat der DHV Speyer und der Vorstand des Forschungsinstituts der Kooperation zugestimmt hatten, konnte in kurzer Zeit ein Vertragstext erarbeitet werden.

Der Vortrag von Landtagspräsident Grimm zum Ver-



... in der vollbesetzten Aula der DHV Speyer

hältnis von Verwaltungswissenschaften und Volksvertretungen war denn auch programmatisch zu verstehen. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme des aus Sicht der Volksvertretungen derzeit „unspektakulären“ Verhältnisses von Wissenschaft und Parlament, das sich auf den ersten Blick auf die parlamentarische Kontrolle der Hochschulpolitik sowie auf Bereiche der Haushaltsgesetzgebung beschränkt, analysierte Grimm Chancen für die Zukunft. Sie sieht er insbesondere in der „Kunst der Beratung“. Beratung sollte mehr sein als ein bloßer Transfer von Fachwissen in Sachverständigengremien, parlamentarischen Anhörungen oder im Wege privatgutachterlicher Tätigkeit. Grimm forderte die Herausarbeitung praktisch relevanter Fragestellungen für die Politik bis hin zu einer erfolgversprechenden Methodik für Integration und Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Er erhofft sich aus einer Annäherung von Volksvertretungen und Verwaltungswissenschaften für die Parlamente eine Fülle von Impulsen aus den Bereichen Politik- und Wirtschaftswissenschaften, Psychologie, Soziologie, Verfassungs-, Europa-, Kommunalrecht bis hin zum Organisations- und Personalmanagement, die für die parlamentarische Arbeit von erheblichem Gewicht sind. „Hier gilt es, einen Schatz zu heben, auch in Gebieten der Erkenntnis, die zunächst Regierung und Verwaltung zugeordnet

sind, aber auch Parlamenten erheblichen Gewinn vermitteln“, so Grimm. Umgekehrt könnten jedoch auch Hochschule und Forschungsinstitut Gewinn aus der engeren Zusammenarbeit mit Parlamenten ziehen: Denn eine erfolgsorientierte Verwaltungsberatung muss die Eigenheiten und Mechanismen von Politik und Parlamentarismus mit einbeziehen, da in einem parlamentarischen Regierungssystem die genaue Kenntnis der Exekutive über die Entscheidungsmechanismen des Parlaments zu den unverzichtbaren Elementen erfolgreicher Prozessgestaltung gehört. Genau in diesem von Grimm vorgestellten Kontext setzt die Kooperationsvereinbarung an. DHV Speyer

und FÖV werden in ihren Lehr-, Forschungs- und Weiterbildungstätigkeiten parlamentarische Bereiche stärker einbeziehen und den gegenseitigen personellen Austausch, sei es als Gastreferenten, Vortragsredner oder Sachverständige aber auch durch die Entsendung von Hörerinnen und Hörern als Praktikanten der Landtagsverwaltung vorantreiben. Neben parlamentsrelevanten Veranstaltungen wurden auch Werkstattgespräche auf Leitungsebene vereinbart, in denen gemeinsame Erkenntnisinteressen formuliert und weitere Projekte, etwa im Bereich der Forschungstätigkeit, abgesprochen werden sollen.

Insbesondere in den Bereichen Gesetzesfolgenabschätzung, Fortentwicklung des Haushaltsrechts und der Föderalismusreform wäre es aus Sicht des Landtagspräsidenten von großem Interesse, eine Dokumentations- und Transferstelle aufzubauen, die insbesondere die verschiedenen parlamentarischen Reaktionen auf Veränderungen im Verwaltungsbereich erhebt und wissenschaftlich aufbereitet zur Verfügung stellt.



Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung: Landtagspräsident Christoph Grimm, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV Speyer, und Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow, Direktor des FÖV (v. l.)
Fotos: DHV

Nachdem die Kooperationsvereinbarung vom Landtagspräsidenten, dem Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch und dem Direktor des FÖV, Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow unterschrieben worden war, klang der Abend dann traditionell bei Brezeln und Wein aus.

Der Vortrag erscheint in der Reihe der Speyerer Vorträge und kann im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro bezogen werden.

Frisch habilitierte Privatdozentin

Antrittsvorlesung von PD Dr. Annette Guckelberger zur „Zulässigkeit von Polizeifolter?“

An der DHV Speyer gibt es eine neue Privatdozentin. Am 24. Juni 2003 hielt Frau Dr. Annette Guckelberger im gut besuchten Auditorium maximum der Hochschule ihre Antrittsvorlesung. Im Anschluss daran erteilte ihr Rektor Fisch unter dem Beifall des Auditoriums die Lehrerlaubnis für öffentliches Recht, Europarecht und Rechtsvergleichung und begrüßte sie in ihrer neuen Qualität der Mitgliedschaft an der Hochschule – mit neuen Rechten und neuen Pflichten. Zuvor würdigte Fisch jedoch ausführlich den wissenschaftlichen Werdegang von Dr. Guckelberger.

Bereits während des Studiums der Rechtswissenschaften an der Eber-



Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow, PD Dr. Guckelberger, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV Speyer (v. l.)
Fotos: DHV

Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Günter Püttner in Tübingen promovierte Frau Guckelberger 1996 über die „Vorwirkung von Gesetzen – Eine rechtsvergleichende Studie des deutschen und schweizerischen Rechts“. Seit 1997 ist sie mit großem Erfolg

als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der DHV Speyer am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht, bei Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow tätig. Zahlreiche, auch rechtsvergleichende Veröffentlichungen, weisen sie

aus als profunde Kennerin des Verwaltungs- und Prozessrechts, des Verfassungsrechts, der Rechtsvergleichung und des Europarechts. Sie publizierte u. a. zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und von Verwaltungsverfahren, über die Regelung des Aufenthaltsstatus, zu Rechtsnachfolgeproblemen im Baurecht oder zum methodischen Umgang mit Verwaltungsvorschriften.

Ihre beeindruckende Habilitationsschrift setzt sich mit der „Verjährung im Öffentlichen Recht“ auseinander.

In ihrem Probevortrag vor dem Senat am 27. Januar 2003 analysierte Dr. Guckelberger die Bedeutung des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments und des Europäischen Bürgerbeauftragten im Europa der Bürger.

In ihrer Antrittsvorlesung beleuchtete Guckelberger ein hochaktuelles Thema. Die „Zulässigkeit von Polizeifolter?“ rückte in letzter Zeit vor dem Hintergrund der tragischen Entführung des jungen Jakob von Metzler in den Fokus des öffentlichen und des wissenschaftlichen Interesses. Nach einer allgemeinen Einführung in die Problematik bot Guckelberger zunächst einen rechtsvergleichenden Überblick über die Problematik, bevor sie diese rechtswissenschaftlich analysierte. Sie vermittelte den Zuhörerinnen und Zuhörern einen juristischen Blick auf eine sehr emotionsgeladene Diskussion und trug damit zum besseren Verständnis der Problematik bei.



Volles Auditorium maximum ...

hard Karls Universität Tübingen richtete sich Guckelbergers Blick auch auf internationale Fragestellungen. Ihr 1991 abgeschlossenes rechtsvergleichendes Studium an der Universität Fribourg (CH) belegt ihr frühes Interesse an internationalen und multikulturellen Problemstellungen. 1994 legte sie als eine der allerbesten Absolventen ihr Erstes Staatsexamen ab, 1997 das Zweite, als viertbeste von 622 Prüfungsteilnehmern.

Nach mehrjähriger Mitarbeit am Lehrstuhl für Öffentliches Recht bei



... und die Gratulation des Rektors

Der Vortrag ist beim Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro zu bestellen.

Mehr als ein bloßer „Abschied von der Kameralistik“ Emeritierung von Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Klaus Lüder



Abschied eines außergewöhnlichen Wissenschaftlers: Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. Lüder und Gemahlin

Foto: DHV

Zum Ende des Sommersemesters 2003 emeritierte der Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Univ.-Professor Dr. rer. pol. Dr. rer. oec. h.c. Klaus Lüder. Am 15. Juli 2003 hielt Lüder in der vollbesetzten Aula der DHV Speyer seine Abschiedsvorlesung zum Thema „Vom Ende der Kameralistik“.

Bei beinahe tropischen Temperaturen hatten weit über 400 Gäste aus Verwaltung, Wissenschaft und Politik den Verlockungen des Speyerer Brezelfestes getrotzt, um einen hochverdienten Wissenschaftler zu ehren, dessen wissenschaftliches Oeuvre Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der Hochschule eingehend in seiner Begrüßungsansprache würdigte.

Nachdem Lüder das Geschäft des Kaufmannes von der Pike auf gelernt hatte, absolvierte er 1962 sein Studium der Technischen Volkswirtschaft an der TH Karlsruhe. 1964 promovierte er mit einer Dissertation über „Das Optimum in der Betriebswirtschaftslehre. Kritische Analyse des Optimumsbegriffs und der Bestimmungsmöglichkeiten betriebswirtschaftlicher Optima“.

Nach einem Forschungsaufenthalt in den USA und einer Tätigkeit in einem internationalen Expertenkomitee der Unesco habilitierte sich Lüder 1968 in Karlsruhe in der Betriebswirtschaftslehre über die „Kontrolle des wirtschaftlichen Ergebnisses von Investitionen“. Schon ein Jahr später übernahm er,

nachdem er einen Ruf nach Berlin abgelehnt hatte, eine Professur für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Planung und Organisation in der öffentlichen Verwaltung sowie Unternehmensforschung in Hamburg.

Schon damals setzte sich Lüder mit Problemen der Investitionsentscheidung, -rechnung und -kontrolle sowie mit betriebswirtschaftlichen Fragen der Planung und Organisation öffentlicher Verwaltungen auseinander. Er entwickelte den Ansatz, die öffentliche Investitionsproblematik auf der Basis privater Unternehmen zu beleuchten, um dann Verfahren zu entwickeln, welche die Planung und Kontrolle von Investitionen berechenbar und in der Empirie numerisch bestimmbar machen. Seine Monografie „Investition“ kann als eine Art Handbuch für diesen Fragenkomplex betrachtet werden.

Nach weiteren Rufen nach Bielefeld und München folgte Lüder 1980 dann dem Ruf an die DHV Speyer, wo er sich neben weiteren herausragenden wissenschaftlichen Meriten auch Verdienste in der Selbstverwaltung, unter anderem als Prorektor und Rektor erwarb.

Als seine größte wissenschaftliche Leistung gilt die theoretische Fundierung eines neuen öffentlichen Rechnungswesens und dessen Entwicklung zu einer dreigeteilten integrierten Verbundrechnung. Lüder gab damit auf der Grundlage empirischer internationaler Forschungen die entscheidende Antwort auf eines der dringendsten Probleme der Verwaltungswissenschaft. Die Entwicklung

neuer Ressourcenverbrauchskonzepte zeigte schnell die Grenzen des bisherigen kameralistischen Rechnungswesens auf. Lüder erdachte mit seinem „Speyerer Modell“ die erste Ausprägung des neuen doppischen Rechnungswesens, die schnell zur Grundlage des neuen Kommunalen Rechnungswesens wurde. Erstmals konnte so die in der privatwirtschaftlichen Praxis bewährte Doppik erfolgreich auf den Bereich der öffentlichen Verwaltung übertragen werden. Diese Leistung honorierte ihm als dem Nestor des neuen öffentlichen Rechnungswesens im Jahr 2000 die Ruhr-Universität Bochum mit der Verleihung des Doktors h. c.



Standing Ovationen in der überfüllten Aula für die herausragenden wissenschaftliche Leistungen ...

Daneben steht der Name Klaus Lüder auch für ein ungewöhnlich breites Forschungsspektrum. In weit über 200 Publikationen setzte er sich zuletzt unter anderem mit den Themenkomplexen Standortplanung, Wirtschaftsförderung, Outcome-Output Steuerung, außerordentliche Ausschreibungen, Hochschul-Controlling, Verbesserung von Aufgabenwahrnehmung, internationale Harmonisierung des öffentlichen Rechnungswesens und Budgetierung auseinander.

Der weltweite Ruf Lüders wird belegt durch zahlreiche internationale Mitgliedschaften und Gastprofessuren, unter anderem an der University of Illinois at Chicago (USA), der University of Marketing and Distribution Sciences in Kobe (Japan), der University of Victoria in Victoria, B.C. (Kanada), der University of Tampere (Finnland) und an der Macquarie University in Sydney (Australien).

Seine Implementierung des doppischen anstelle eines kameralistischen Rechnungswesens in der Stadt Wiesloch sowie seine Beraterfunktionen bei der Fédération des Experts Comptables Européens zu „Governmental Asset Accounting“ und beim hessischen Finanzministerium sorgten dafür, dass Univ.-Professor Dr. Klaus Lüder bei aller Wissenschaft niemals die praktische Umsetzung seiner Erkenntnisse aus den Augen verlor.

Mit seiner Abschiedsvorlesung schloss Lüder gewissermaßen einen Kreis, den er 1982 in seiner Antrittsvorlesung in Speyer mit einer Beleuchtung der Perspektiven von Betriebswirtschaftslehre und öffentlicher Verwaltung eröffnet hatte. In seiner Abschiedsvorlesung analysierte er die Frage, ob denn nun die Zeit zum Abschied von der Kameralistik gekommen sei.

Nach einem historischen Rückblick auf die Kameralistik als Rechnungssystem erläuterte Lüder die Diskussionen, die in Deutschland auf dem Gebiet des Haushalts- und Rechnungswesens im vergangenen Jahrzehnt geführt wurden. Jedoch wurde wenig davon in Regelverfahren umgesetzt. Stichworte sind hier Flexibilisierung und Produktorientierung des Haushalts, Kosten- und Leistungsrechnung und ressourcenorientiertes, doppisches finanzielles Rechnungswesen. Lüder bemängelte, dass dies zwar alles notwendige Bestandteile eines ganzheitlichen Reformkonzeptes seien, jedoch sei ganz überwiegend auf die Einführung einzelner Komponenten wie die Einführung von Kostenrechnungen gesetzt worden.

Noch 1988 hatte Lüder die Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Fortentwicklung des staatlichen Rechnungswesens als „Insel der Ruhe“ bezeichnet. In seiner Abschiedsvorlesung konnte er nun jedoch stolz berichten, dass hinsichtlich der Entwicklung output- und ressourcenorientierter Haushalts- und Rechnungswesen insbesondere die jüngsten Entwicklungen im kommunalen Bereich Anlass zur Hoffnung geben. Es bleibt also auch im Bereich Haushalts- und Rechnungswesen weiterhin ein Gebiet mit erheblichem wissenschaftlichen Potential



... des Vaters des „Speyerer Modells“, Univ.-Professor Dr. Dr. h. c. K. Lüder
Fotos: DHV

und hoher praktischer Relevanz. Lüder schloss seinen Vortrag mit einem eindringlichen Appell an die Universitäten, dieses Forschungsgebiet nicht aufzugeben und hier forschungsfreundlichere Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen.

Der Vortrag kann im Rektorat der DHV Speyer gegen einen Kostenbeitrag von sechs Euro bezogen werden.

Start für ein außergewöhnlich starkes Semester 570 Hörer im Sommersemester 2003 an der DHV Speyer



Dank wichtiger Informationen in der Aula der DHV ...
Foto: DHV

Für die DHV Speyer ist der beinahe vollständige Wechsel ihrer Hörerschaft zu jedem Semester in den über 50 Jahren ihres Bestehens zwar zur Routine geworden, dennoch bleibt jeder Semesterstart ein spannendes Ereignis. So war es auch am 2. Mai 2003, als für 570 Hörerinnen und Hörer aus allen deutschen Ländern und 18 Staaten weltweit das Sommersemester 2003 startete.

Es zeigte sich auch diesmal bald, dass alle Vorbereitungen, Planungen und Vorinformationen wieder gegriffen hatten. Nach der Begrüßung der „Neu-Speyeraner“ durch den Rektor, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, und den Beigeordneten Rolf Wunder, der den Willkommensgruß der Stadt Speyer überbrachte, erläuterte Dr. Klauspeter Strohm den Neuankömmlingen die Besonderheiten der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Mit diesen umfassenden Informationen ausgestattet, gestalteten



Einführungsveranstaltung für die neuen Hörerinnen und Hörer im verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium
Foto: DHV

sich die Einschreibeformalitäten für das hörerstärkste Semester der letzten Jahre problemlos. 56 der neuen Hörer, darunter 11 Ausländer, begannen ihr verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium. 10 Hörerinnen und Hörer haben sich für das Ergänzungsstudium Wissenschaftsmanagement immatrikuliert. Die übrigen nahmen ihr verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium auf bzw. führten ihr Doktorandenstudium weiter.

Weitere Hilfestellungen gab es dann in speziellen Einführungsveranstaltungen zum Ergänzungsstudium Wissenschaftsmanagement sowie zum verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium, in denen sich den



... und guter Vorbereitung problemlose Einschreibung
Foto: DHV

Hörerinnen und Hörern die zuständigen Professoren sowie Referenten vorstellten und wichtige Hinweise gaben.

In der ersten Vollversammlung der Hörerschaft wurde dann die neue Hörerschaftsvertretung gewählt. Zur neuen Hörersprecherin wurde Annette von Hoiningen-Huene bestimmt. Darüber hinaus wurden gewählt Nora Ricken (Ausländerreferentin), Arndt Garrit Lange (Medienreferent), Christof-Nikolaus Schröder (EDV-Referent), Christine Rademer (Finanzreferentin), Aleksandar Haubner (Kulturreferent), Natascha Döhner (Ballreferentin), Christoph Platt (Sportreferent) und Claudia Stutz (Festreferentin). Am 20. Mai 2003 bestimmten die Hörer auch noch ihre Senatsvertreter. Hier wurden Nora Ricken, Arndt Garrit Lange und Hanna Glindmeyer zu Senatsmitgliedern sowie Martin Glöckner, Philipp Öhlinger und Gernot Papperitz zu stellvertretenden Senatsmitgliedern gewählt.

Marion-Gräfin-Dönhoff-Jahrgang verabschiedet 28. Magisterjahrgang erfolgreich beendet



Glückliche Gesichter bei den erfolgreichen Absolventen des Magisterjahrganges 2002/2003

Die mündlichen Magisterprüfungen fanden für den Jahrgang 2002/2003 des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums am 28. und 29. April 2003 statt. Von insgesamt 48 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Magisterprüfung haben 39 Kandidatinnen und Kandidaten zu diesem Termin die mündliche Prüfung abgelegt. Neun Prüfungen wurden wegen Krankheit, Auslandsaufenthalten, Überlappung mit der Zweiten Staatsprüfung, Drittgutachten u. a. zurückgestellt. Sechs Prüfungen haben am 29. Juli stattgefunden; drei werden im Laufe des Herbst 2003 nachgeholt werden.

Neben 33 deutschen Hörerinnen und Hörern haben 15 ausländische Kandidatinnen und Kandidaten aus Äthiopien, Benin, Bosnien-Herzegowina, Estland, Griechenland, Indonesien, Kasachstan, Kolumbien, Marokko, der Mongolei, Polen, Russland, Ungarn und der VR China an der Prüfung teilgenommen. Davon gehörten eine Hörerin und ein Hörer zu dem speziellen entwicklungspolitischen Programm, das die DHV Speyer

mit der ehemals Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), jetzt internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt), seit 1982 regelmäßig durchführt.

Mit einer Durchschnittsnote von 10,47 Punkten (vollbefriedigend) hat der Jahrgang nur ein geringfügig schwächeres Ergebnis erzielt als die Absolventen des Rekordjahrganges aus dem Vorjahr. Vier deutsche und zwei ausländische Hörer wurden für ihre außerordentlichen Leistungen mit Preisen ausgezeichnet. Die Preise der Hochschulvereinigung erhielten Arne Franz und Katarina Perôs (Bosnien-Herzegowina); den Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) erhielt Titos Markopoulos aus Griechenland.

In einer unvergesslichen, musikalisch umrahmten Abschlussfeier am Abend des 29. April 2003 konnte der Rektor, Herr Universitätsprofessor Dr. Rudolf Fisch, in Anwesenheit von Herrn Dr. Schirmer von InWEnt und Herrn Beige-

ordneten Rolf Wunder von der Stadt Speyer, die Magisterurkunden und Preise übergeben. Für die Hörer dankte Peter Heuschen für die mit dem Aufbaustudium gebotenen Chancen und regte eine Weiterentwicklung des Studienganges an. In Fortführung einer vom letzten Jahrgang erstmalig praktizierten, am Muster der französischen ENA orientierten Übung gab sich der Jahrgang den Namen „Marion-Gräfin-Dönhoff-Jahrgang“.



Gelungene musikalische Umrahmung
Fotos: DHV

Mehr Autonomie bei Forschung und Lehre Neues Gesetz für die DHV Speyer vorgelegt

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat ein neues Gesetz über die DHV Speyer vorgelegt. „Der Gesetzentwurf soll die Autonomie der Hochschule stärken und die Verwaltungsverfahren vereinfachen“, erläuterte Ministerpräsident Kurt Beck am 23. September 2003 gleich nach dem Beschluss des Gesetzesentwurfs durch den rheinland-pfälzischen Ministerrat.

Bislang war die gemeinsam vom Land Rheinland-Pfalz, dem Bund und den anderen Bundesländern getragene DHV Speyer von den Änderungen des Hochschulrahmengesetzes der letzten Jahre nicht betroffen. Nun wird die Gesetzeslage auch für die Verwaltungshochschule angepasst. Besonders für eine Hochschule mit so einzigartigem internationalem

Rennomee wie die DHV Speyer sei es wichtig, sich in ihren Strukturen internationalen Standards anzupassen, so Beck in einer von der Staatskanzlei verbreiteten Erklärung. Zu dieser stärkeren internationalen Ausrichtung gehört auch die Möglichkeit der Einrichtung von neuen Masterstudiengängen.

Mit der Bildung einer Gemeinsamen Kommission aus Mitgliedern des Senats- sowie des Verwaltungsrats, die künftig über die Gewährung von Leistungsbezügen an Professorinnen und Professoren zu befinden hat, erhält die Hochschule Einfluss auf die künftige Bezahlung ihrer Professoren. Auch dies bewertet Beck als einen Ausdruck neuer Autonomie gegenüber den verschiedenen staatlichen Stellen.

Die Weiterentwicklung und Verbesserung der Instrumentarien zur Gleichstellung von Frauen und Männern unter Beachtung des Gender Mainstreaming-Prinzips, die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Hörerinnen und Hörern mit Kindern, die Möglichkeit von Fernstudien-gängen, die Schaffung eines Leistungspunktsystems, die selbständige Wahrnehmung von Aufgaben in Forschung und Lehre durch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in begründeten Fällen, die leistungsorientierte staatliche Hochschulfinanzierung sowie die Stärkung der Rechte der Hörschaft insbesondere bei der Bewertung der Lehre sind weitere Schwerpunkte des neuen Gesetzes.

Allgemeine Senatswahlen

Wiederwahl von Rektor Fisch und Prorektor Hill

Am 30. Juni 2003 bestimmten die Gruppen der Lehrstuhlinhaber, der akademischen Mitarbeiter, nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und der Lehrbeauftragten ihre Vertreter im Senat der DHV Speyer für die Amtsperiode 2003-2005. Unter der Leitung von Dr. Klauspeter Strohm, Ass. Stefanie Ritter, Arndt Schelenhaus, Mag. rer. publ., und Hans-Günther Benz wurden in den verschiedenen Gruppen folgende Senatsmitglieder gewählt:

Gruppe der Universitätsprofessoren

- Univ.-Professorin Dr. Gisela Färber
- Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch
- Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch
- Univ.-Professor Dr. Hermann Hill
- Univ.-Professor Dr. Dr. Detlef Merten
- Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas
- Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann
- Univ.-Professor Dr. Jan Ziekow

Gruppe der akademischen Mitarbeiter

- Dr. Monika John-Koch
- Ass. Stefanie Gille
- Sandra Renn, Dipl.-Volksw.

Gruppe der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter

- Reg. Ang. Lioba Diehl

Gruppe der nebenberuflich an der Hochschule Tätigen

- Professor Dr. Hendrik Fehr

Zu stellvertretenden Senatsmitgliedern in den jeweiligen Gruppen wurden gewählt:

- die Univ.-Professoren Dres. Siegfried Magiera, Dorothea Jansen, Hans Herbert von Arnim, Eberhard Bohne sowie Heinrich Siedentopf,
- die akademischen Mitarbeiter Dr. Florence Gauzy, Ass. Doris Dietze und Ass. Marion Weschka
- der nicht-akademische Mitarbeiter Bibl.-Insp. Schütt
- sowie der Lehrbeauftragte RD Bernd Kaufmann.

Der neue Senat konstituierte sich am 28. Juli 2003 und bestätigte für die Amtsperiode 2003-2005 Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch sowie Univ.-Professor Dr. Hermann Hill in ihren Ämtern als Rektor und Prorektor. Mit dieser Wiederwahl sprach der Senat der Führungsspitze der Hochschule sein Vertrauen und seine Anerkennung für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit bei der Neustrukturierung der Hochschule aus.

Haushaltskonsolidierung in einer Musterstadt Projekt-AG simulierte kommunale Ratsarbeit

Im Rahmen einer Projekt AG zum Thema Haushaltskonsolidierung „spielten“ 22 Hörerinnen und Hörer unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Gunnar Schwarting den Rat der fiktiven Stadt K., die ein hohes Defizit im Haushalt aufwies.

Vier „Rats-Fraktionen“ widmeten sich jeweils sehr unterschiedlichen Themen. So machte eine Fraktion den Vorschlag, an öffentlichen Straßen und Wegen gegen Entgelt Namensschilder von Privaten befristet anzubringen, die sich dann „Gönner der Stadt“ nennen dürfen; eine andere Fraktion wollte den hohen Ausgaben durch Abschaffung der dezentralen Bürgerbüros zu Leibe rücken. Dies korrespondierte mit dem Gedanken der dritten Fraktion, die Effizienz des Verwaltungshandelns durch virtuelle Dienstleistungsangebote zu erhöhen. Mit dem sale-and-lease-back der verschiedenen im Besitz der Stadt befindlichen Denkmäler schließlich wollte die vierte Fraktion nicht nur Geld in die Kasse holen, sondern auch hohe Unterhaltungsaufwendungen reduzieren.

Insgesamt gab es rund drei Dutzend Konsolidierungsvorschläge im „Rat der Stadt K.“, die sehr kontrovers diskutiert und von der anwesenden „Bürgerschaft“ zum Teil sehr lautstark kritisiert wurden. Von den Hörerinnen und Hörern wurden die Ratsitzungen in Form von Zeitungsartikeln wiedergegeben und mit kritischen Kommentaren versehen. Das „K-Stadter Tagblatt“ wurde damit zu einem zweiten Diskussionsforum.

Am Ende der projektorientierten Arbeitsgemeinschaft mussten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer etwas ernüchtert feststellen, dass trotz großer Kreativität und des Mutes zu sehr unpopulären Vorschlägen die Konsolidierungsanstrengungen bei weitem nicht ausreichend waren, um das prekäre Haushaltsdefizit abzudecken.

Demokratischer Rechtsstaat und Kulturation

Die Vorlesung von Univ.-Professor Dr. Waldemar Schreckenberg im Sommersemester 2003 hat sich vor allem mit der „Kultur“ als konstitutives, schöpferisches und normatives Element der staatlichen Nation befasst. Das ungewöhnliche Thema zog vor allem kulturell sehr interessierte Studierende an. Sie boten freiwillig auch eigene Beiträge für die Vorlesung. Im Vordergrund standen die kulturellen Leistungen der Gesellschaft und des Staates und ihr Verhältnis zueinander. Als bevorzugtes Informationsmedium wurde die gesellschaftliche „Öffentlichkeit“ und die „öffentliche Meinung“ vorgestellt. Als Institution spielt die Kultur eine herausragende Rolle in Wissenschaft, Kunst

und Religion. Sie zeichnet sich weniger thematisch, als in erster Linie methodisch und in einer spezifischen Sprache, im Unterschied zur Privatsprache und zur Alltagspraxis, einer dialektisch organisierten Form der Öffentlichkeit aus. Eine besondere Rolle spielt die politische Öffentlichkeit in Staat und Gesellschaft. Die vielfältigen kulturellen Bemühungen des Staates dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass er Ausdruck der höchsten politischen Herrschaftsgewalt ist. Das kulturelle Fundament bildet die Verfassung. Sie ist als demokratische Institution aber an eine strenge Grenze für die kulturelle Einflussnahme auf die gesellschaftliche Praxis gebunden. Politische Ermahnungen

höchster Repräsentanten sollten eine Ausnahme sein. Die Bindungen an den Diskurs der Öffentlichkeit unterwirft sie nur schwer überwindbaren Kategorien, wie den Zwängen der öffentlichen Meinung, Zeitgeist, aber auch binären und antagonistischen Argumentationen als Ausdruck semantischer, aber auch gesellschaftlich-ideologischer Gegensätze. Hier spielen die heutigen Massenmedien eine bedenkliche Rolle, indem sie Politiker und Bürger in widerstreitende Klassen teilen. Die Vorlesung endete mit dem Appell an die schöpferische Kraft einer sittlich-fundierten Gemeinschaftserfahrung, die in der Alltagswelt beginnt.

Innovatives Lernen für eine neue Lernkultur

Seminar zur Kommunikation in der öffentlichen Verwaltung

Virtuelles Lern- und Kommunikationsangebot etabliert sich

Der Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaften und öffentliches Recht legte in den vergangenen elektronisch gestützten Seminaren den Schwerpunkt auf die zeitlich versetzte Kommunikation per E-Mail und Groupwareforen (vgl. hierzu auch SpeyerJournal Nr. 1, Sommer 2002, S. 36f. und SpeyerJournal Nr. 2 Winter 2002/2003, S. 41-42). Im Sommersemester 2003 wurde nun das didaktische Seminarangebot um das Live-Element „Videokonferenz“ erweitert: Durch eine Videokonferenz konnte die zeitgleiche Interaktion von (Gast)Dozent und Lernenden an unterschiedlichen Standorten ermöglicht werden. Im Folgenden werden die Videokonferenz, methodisch-didaktische Ergebnisse und die Medien-Akzeptanz der TeilnehmerInnen näher beleuchtet. Zudem werden die jüngsten E-Learning-Produkte des Lehrstuhls vorgestellt und angehende Projekt-Neuerungen angekündigt.

Live-Events im Seminar: Zur Methodik „Videokonferenz“



Dreier-Videokonferenz BPA - DHV Speyer - Erfurt School of Public Policy
Foto: Ihringer

Im Rahmen des Seminars „Kommunikation im öffentlichen Sektor“ unter der Leitung von Univ.-Professor Dr. Hermann Hill wurde eine zweistündige Videokonferenz mit dem Presse- und Informationsamt (BPA) der Bundesregierung und der Erfurt School of Public Policy durchge-

führt. HörerInnen des Seminars befragten den Leiter des BPA Werner Kolhoff zur aktuellen Diskussion um die „Agenda 2010“ der Bundesregierung. Als Grundlage diente ein Seminarreferat zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers, das unter Anwesenheit aller HörerInnen diskutiert wurde. Im Vorfeld zu dieser Sitzung stellten Referent und das Dozententeam im virtuellen Diskussions-Forum Materialien und Thesen zum Thema ein, die vorweg erörtert wurden. Die SeminarteilnehmerInnen verständigten sich am Tag vor der Live-Videokonferenz in einem moderierten Online-Chat an verteilten Standorten über die Themenschwerpunkte und Fragen, die sie an den Experten richten wollten. Auf diese Weise wurden verschiedene Lehr- und Vermittlungsmethoden kombiniert und durch die neuen Lern- und Kommunikationstechnologien bereichert.

Thematischer Schwerpunkt der Videokonferenz

Kernfragen drehten sich vor dem Hintergrund des Seminarinhalts „Kommunikation in der öffentlichen Verwaltung“ um die Begrifflichkeit der Agenda 2010 und um die Kommunikationsstrategie der Bundesregierung; des Weiteren, ob das Internet eine nachhaltige Rolle für die politische Kommunikation spielen und ob Online-Kommunikation mit dem Bürger im Vergleich zu herkömmlichen Kommunikationswegen auch inhaltlich der Entscheidungsfindung und Umsetzung der Agenda 2010 dienlich sein könne. Nach Werner Kolhoff bewege sich die AGENDA 2010 (gesprochen zweitausendzehn) in einer mittelfristigen Zeitperspektive I. Die Dachbotschaft lautet: „Deutschland soll sich verändern und vorankommen“. Die Bundesregierung entwickle dafür keine starre Kommunikationsstrategie, sondern knüpfe mit der Agenda 2010 als Marke an vorangehende Botschaften an, wie z. B. an die Kampagne „Erfolg braucht alle“ und der Regierungserklärung des Kanzlers mit dem Slogan „Mut zur Veränderung“.

Der Stellenwert der Internetkommunikation und Interaktion für BürgerInnen werde von der Bundesregierung hoch eingeschätzt, da das Netz tägliche Veränderung abbilden könne. Sicher gab

Kolhoff zu bedenken, dass das Massenpublikum nicht durch das Internet angesprochen, jedoch interessierte Zielgruppen besser erreicht werden könnten (z. B. über Newsletter, geschlossene Benutzergruppe, Mobile-Services und Angebote für Handhelds etc.).

Technikeinsatz

Videokonferenzen sind eine zunehmend bedeutende und verbreitete Form der technisch vermittelten audiovisuellen (Fern-)Kommunikation, die leistungsgebunden über ISDN, LAN oder neuerdings auch über Funkverbindung erfolgt. Die technische Infrastruktur der DHV für ISDN-Videokonferenzen wurde in den vergangenen



Einsatz moderner Übertragungstechnik

Foto: Ihringer

Monaten weiter optimiert, so dass die Live-Kommunikation per Video zunehmend auch als Werkzeuge für synchrones Informieren und Lernen in Seminaren eingesetzt werden kann. Als Endgeräte standen an der DHV das Video-Gruppensystem „Polycom ViewStation“, Videokamera bzw. -recorder, TV-Monitor, Konferenzmikrofonanlage, Beamer und Overhead-Projektor für die Diskussions-Agenda bereit. Das Seminar wurde per Multipointkonferenz des Informationsverbundes Berlin Bonn IVBB realisiert. Dank der technischen Unterstützung durch Fachpersonal der DHV konnte ein technisch hochwertiger und reibungsloser Ablauf zum Gelingen des Seminars beitragen.

Weitere Hinweise zur Dreier-Videokonferenz am 1. Juli 2003 an der DHV Speyer können im Internet abgerufen werden unter der Adresse www.dhv-speyer.de/hill/Sommersemester-2003/Verkom03/Kommunikation-Themen.htm#Konf

Begleitendes E-Learning zum Seminar überzeugte

Wie bereits in den vorangegangenen Semestern hat sich der Einsatz der Yahoo-Groupware als flankierendes kollaboratives Medium zum Präsenzseminar bewährt. Die HörerInnen bevorzugten zwar noch eher konventionellere Lernformen und Lernmedien, doch der Gewinn an Mehrwert wurde für alle ersichtlich. Verfügt zu Beginn des Seminars 93 % der HörerInnen über „durchschnittliche“ PC-Kenntnisse und weniger als 20 % über praktische Erfahrungen im Umgang mit virtuellen Lernumgebungen, elektronischen Diskussionsforen oder Chats, so entwickelte sich das Bild zum Schluss ausnehmend positiv. Zudem verbesserten sich der Umgang mit Präsentations- und Moderationstechniken, die vielfältig zum Einsatz kamen.

Die empirischen Ergebnisse lassen erkennen, dass wir es mit „interaktiven“ Lernern (weniger mit „autonomen“ und selbstgesteuerten Lernern) zu tun hatten. Umfangreiche tutorielle und führende Begleitung innerhalb der Nutzung neuer Medien war von primärer Bedeutung. Es herrscht also nach wie vor eine dozenten- und tutorenzentrierte Ausprägung des Lernverhaltens, das nun auf die neuen Lernmedien übertragen wurde.

Eine gesonderte Umfrage zum Seminarschluss ließ erkennen, dass HörerInnen ihre Schwellenängste gegenüber und ihre Unsicherheiten in der Nutzung neuer Kommunikationstechnologien zum Lernen und Präsentieren abbauen konnten. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die ausgeprägte Bereitschaft, das Internet auch zu Qualifizierungszwecken zu nutzen.

Aus Sicht der HörerInnen wurde vor allem der Einblick in neue Kommunikationsformen geschätzt, insbesondere der Einsatz von synchroner Kommunikation per Videokonferenz. Einen weiteren Vorteil sahen die TeilnehmerInnen in der Entzerrung der Präsenzveranstaltungen und der Möglichkeit, Fragen, Unklarheiten und Anregungen schneller und direkter via E-Mail anbringen zu können.

Neue Server-Technologien für schnellen Datenfluss

Am Lehrstuhl konnten bereits mehrere computerbasierte Lernmodule zu den Themenschwerpunkten „Qualitätsmanagement“, „NPM“ und „E-Government“ entwickelt werden. Im Som-

mersemester wurden nun in Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister PowerPoint-Streamings (Video kombiniert mit Präsentations-Folien im Internet) zu den Themenkomplexen „Aufgabenkritik“ und „Zielvereinbarungen“ realisiert. Um die Abrufqualität von Video- und Audiodaten im Internet zu verbessern, nutzt man die sogenannte Streaming-Technologie. Beim Streaming werden die Mediendaten direkt während der Übertragung abgespielt, so dass der Betrachter keine langen Wartezeiten in Kauf nehmen muss. Hierzu bedarf es allerdings spezieller Server-Technologien. Da die DHV lediglich über einen WWW-Server verfügt, wurde für eine einjährige Testphase eine freie Version des Helix-Streaming-Servers vom Rechenzentrum beschafft und in Betrieb genommen. Die Streaming-Dokumente können dezentral vom Lehrstuhl eingepflegt werden. Der Zugriff ist im Internet frei verfügbar. Weiterführende Informationen unter: www.dhv-speyer.de/hill/Sonstiges/eLearningDHV.htm#produkte).

Fazit: Sehr positive Resonanz

Mit Einsatz neuer Informationstechnologien wurde seit dem Wintersemester 2001 ein Teil der Lehrveranstaltungen am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Hill vollständig neu konzipiert. Die Umgestaltung war geprägt von der Absicht, ein Curriculum anzubieten, das selbstgesteuertes Lernen fordert und fördert. E-Learning fungiert hier inzwischen als ein integraler Baustein, eine innovative Lehr-Lern-Kultur zu entwickeln und einen Mehrwert für das Lehren und Lernen an der Hochschule zu schaffen. So vereinte das Seminar verschiedenste Methoden und Ziele: Interaktive Wissensvermittlung und -aneignung zu aktuellen Fragen der Kommunikation im öffentlichen Sektor, Interaktion mittels neuer Informations- und Kommunikationstechniken (z. B. über einen wöchentlich stattfindenden asynchronen „Community-Talk“ zu den Seminarinhalten) und die Vermittlung von Präsentations- und Moderationstechniken innerhalb der Präsenz- und selbstorganisierten Lernphasen.

* Beim Blended-Learning als Methodenmix wachsen klassische und neue Medien, Methoden und Informationskanäle zu einem homogenen Ganzen zusammen. So können die spezifischen Stärken der Lehrmethoden genutzt werden.

Im Ergebnis wurden die Seminare als lerneffektiv beurteilt und von den HörerInnen weitestgehend akzeptiert. Dies beweist, dass der Medien- und Methodenmix (Blended-Learning)* gehaltvolles Lernen unterstützen kann.

Ausblick

Für die Verstetigung der e-gestützten Vermittlungsmethodiken sind folgende Schritte angedacht und teilweise bereits in der Umsetzung befindlich:

- Realisierung des web-gestützten Lernprogramms über „Public-Private-Partnership“  **Public Private Partnership**
www.dhv-speyer.de/hill/Kooperationen/ppp-wbt
- Erstellung weiterer audiogestützter Powerpoint-Präsentationen zu diversen Themen mit Hilfe des Microsoft „PowerPoint-Producer“
- Kooperation mit dem DHV-Rechenzentrum: Entwicklung und Umsetzung eines Blended-Learning-Konzepts zur Schulung von Präsentationstechniken
www.dhv-speyer.de/rz/itlabor/Vorinfo-Veith-Joncic.htm
- Erweiterung des Lernsoftwarebestandes für die Bibliothek zu den Themen: Electronic-Government, Datawarehouse, Personalvertretungsrecht, Projektmanagement Controlling, Change management, Erfolgreiches Lernen, Teamentwicklung etc. Eine Liste ist im Internet abrufbar.



www.dhv-speyer.de/HILL/Sonstiges/eLearningDHV.htm

Stephanie Ihringer / Ruth Goldbach

Arbeitsmarkt und Reform des Sozialstaats Vorlesung von Florian Gerster

„Arbeitsmarkt und Reform des Sozialstaates“ lautete der Titel der Vorlesung von Florian Gerster im Sommersemester 2003. Jeden Montag von 10 bis 11.30 Uhr bestand für die Hörerinnen und Hörer dieses Semesters die Möglichkeit, den Erläuterungen des Vorsitzenden des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit zum Strukturwandel in Deutschland, zum Verhältnis von Ökonomie und Demographie, zu den Arten und Ursachen von Arbeitslosigkeit oder zu wachstumsorientierter Finanzpolitik zu folgen. Allen problem- und lösungsorientierten Vorträgen Gersters folgte eine Diskussion, in der die Teilnehmer der Veranstaltung die Gelegenheit nutzten, aus erster Hand Informationen zum Verhältnis von Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik oder zum Übergang von aktiver zu aktivierender Arbeitsmarktpolitik zu bekommen. Die sehr gut angenommene Lehrveranstaltung soll im Wintersemester 2003/2004 wieder ins Lehrprogramm der DHV Speyer aufgenommen werden.



Vorlesung von Florian Gerster im Audimax
Foto: DHV

Aus dem Rechenzentrum:

Mehr öffentliche Zugänge ins Internet eingerichtet

In den beiden letzten Semestern ist spürbar die Zahl der Hörerinnen und Hörer gestiegen, die über ein Notebook mit Anschluss für lokale Netzwerke verfügen. Es ist daher verständlich, dass verstärkt der Wunsch geäußert wurde, diese Computer zum Beispiel in den Wohnheimzimmern an das Hochschulnetz anschließen zu können. Der Anschluss privater Notebooks an das Hochschulnetz ist aber auch aus Sicht der Hochschule wünschenswert. Zum einen ist damit eine Entlastung der PC-Pools erreichbar, und die Problematik der Öffnungszeiten kann deutlich entschärft werden. Zum anderen gibt es Studierende, die regelmäßig in Kontakt mit ihrer Heimatbehörde stehen und sich mit eigener vorkonfigurierter Hard- und Software in die jeweiligen Behördennetze einwählen müssen. Das Gleiche gilt für Teilnehmer von Fortbildungsveranstaltungen, die in den Wohnheimzimmern untergebracht sind.

Das Rechenzentrum konnte diese Wünsche bislang nicht erfüllen, weil eine ganze Reihe technischer Voraussetzungen nicht vorhanden und besondere Sicherheitsanforderungen nicht erfüllbar waren. Mit einer größeren Investitionssumme von rund 15.000 Euro und einer mehrmonatigen Vorarbeit konnten allerdings rechtzeitig zum Beginn des Sommersemesters 2003 alle Probleme gelöst werden.

Seit Mai 2003 stellt das Rechenzentrum den Hörerinnen und Hörern nun zusätzlich zu den 28 PC-Arbeitsplätzen im Keller des Lehrstuhlgebäudes über einhundert öffentliche Netzzugänge für den Anschluss privater Notebooks zur Verfügung. Neben zwei Arbeitsstellen im Servicebereich der Bibliothek mit insgesamt 20 Netzwerkanschlüssen sind jetzt alle Zimmer des al-

ten und des neuen Wohnheims mit mindestens einem Netzwerkanschluss ausgestattet. Außerdem wurde im April mit dem Aufbau eines Funknetzes (Wireless LAN - WLAN) begonnen: In der ersten Ausbaustufe wurde je eine Sende/Empfangs-Station installiert im Servicebereich der Bibliothek, im Foyer des neuen Wohnheims sowie im Erdgeschoss des Lehrstuhlgebäudes. Die drahtlosen Netze versorgen einen Umkreis von etwa 30 Metern und damit auch die Freifläche zwischen Bibliothek und Lehrstuhlgebäude.

Auf Grund der Erfahrungen, dass die Studierenden unbeaufsichtigte PC in großem Umfang für Anwendungen nutzen, die nicht mit den Bestimmungen unserer Benutzungsordnung vereinbar sind, wurden Vorkehrungen zur Verhinderung missbräuchlicher Nutzung getroffen. Ein spezieller Filter blockiert Verbindungen zu Tauschbörsen für Musik oder Filme und verhindert den Aufruf von Internetadressen mit Computerspielen sowie pornographischen und extremistischen Inhalten. Diese Beschränkungen sind notwendig, um die begrenzte und teure Kapazität unseres Internetanschlusses möglichst ungeschmälert für Forschung und Lehre nutzen zu können. Zusätzlich ist sichergestellt, dass kein Übergang vom „Hörernetz“ in die sensiblen Bereiche des Hochschulnetzes (Lehrstühle und Verwaltung) möglich ist.

Die intensive Nutzung des neuen Angebots während des Sommersemesters und die durchweg positiven Rückmeldungen bestätigen, dass das Rechenzentrum mit der Bereitstellung von Netzzugängen auf neuestem technischen Stand und für die heute geforderte flexible und mobile Verwendung angemessen auf die aktuellen Herausforderungen reagiert.

W.F.

Neues aus der Bibliothek

Die Bibliothek hat mit der bereits im letzten SpeyerJournal angekündigten Einführung eines neuen lokalen EDV-Systems auf modernem Stand begonnen. Die schrittweise Einführung von LIBERO stellt einen Meilenstein in der Entwicklung der Bibliothek dar und wird sie noch serviceorientierter machen.

Durch LIBERO wird es möglich werden, voraussichtlich im Frühjahr 2004 eine elektronische Ausleihverbuchung einzuführen und damit die handge-

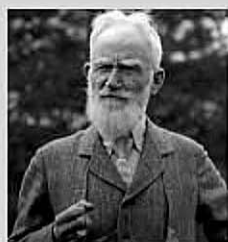
schriebenen Ausleihscheine ins Museum zu verbannen. Zur Vorbereitung wurde in einer Sonderaktion ein erster Teil der Bücher unserer Bibliothek mit Barcode-Etiketten versehen. Durch Sondermittel war es in den Sommerferien möglich, sechs Schüler für drei Wochen zu beschäftigen. Sie haben in ca. 42.000 Bände die neuen Strichcode-Etiketten eingeklebt und die erforderlichen Verknüpfungen mit den Katalogdaten erstellt. Die ersten Schulungen der Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter zur Katalogdatenübernahme fanden im Juli statt. In der zweiten Oktoberwoche sollen weitere Schulungen des Bibliothekspersonals zur Katalogisierung und Katalogrecherche stattfinden. Der neue verbesserte elektronische OPAC (Open Public Access Catalogue) steht voraussichtlich ab 2. Januar 2004 zur Verfügung.

Sybille Wanda

NEUES WISSEN BRAUCHT DAS LAND!

„Wie kann man denken ohne Bücher?“ fragte schon George Bernard Shaw - und fragen heute viele Studierende vor leeren Regalen. Mit einer Spende können Sie „Ihrer“ Hochschule helfen, neue Bücher oder digitale Dienste zu kaufen. Ein Ex Libris mit Ihrem Namen wird als Dank eingefügt. So steht Ihr Name für neues Wissen.



»Wie kann man denken ohne Bücher?«

George Bernard Shaw

Spenden an: Wissen schaffen e.V.

Konto: 42 208 208

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Hotline Tel: 040 - 227 15 545

Hotline Fax: 040 - 227 15 508

www.wissenschaffen.de

info@wissenschaffen.de



ANTWORTCOUPON
An: Wissen schaffen e.V., Postfach 131010,
20110 Hamburg

.....
Name

.....
Straße

.....
PLZ/Ort

Ich spende für folgende Hochschule:

.....

Fachbereich:

Neue Gesichter an der DHV Speyer

Zwei neue Professoren ernannt

Gleich zwei neue Professoren konnten nach Abschluss der Berufungsverfahren ihre vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck unterzeichneten Ernennungsurkunden an der DHV Speyer in Empfang nehmen. So wird die Hochschule bereits zum Wintersemester 2003/2004 neue Akzente in ihrem Lehrangebot setzen können und ihren Hörerinnen und Hörern trotz der Emeritierung hochkarätiger Lehrstuhlinhaber in gewohnter



Übergabe der Ernennungsurkunden durch den Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, an Univ.-Prof. Dr. Holger Mühlenkamp (links) am 10. September ...

Weise ein herausragendes wissenschaftliches Veranstaltungsprogramm anbieten können. Mit Univ.-Professor Dr. Holger Mühlenkamp und Univ.-Professor Dr. Thomas König konnte die Hochschule zwei hochklassige Wissenschaftler gewinnen. Auf dem „Lehrstuhl für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre“ bzw. auf dem „Lehrstuhl für Politikwissenschaft“ sollen beide in Zukunft das Profil der DHV Speyer nachhaltig mit prägen. Beide erhielten im September ihre Ernennungsurkunden.

Holger Mühlenkamp wurde 1958 geboren. Er promovierte nach seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften 1990 an der Universität Lüneburg über das Thema „Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung“. Nach seiner Habilitation mit einer ökonomischen Analyse ausgewählter institutioneller Arrangements zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (1998) übernahm er 1998 den Lehrstuhl für das Fachgebiet „Ökonomik sozialer Dienstleistungen“ in der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hohenheim in Stuttgart. Sein umfangreiches Publikationsverzeichnis belegt das ausgesprochen breite wissenschaftliche Interesse von Mühlenkamp. Es umfasst Perspektiven der Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, der Finanzwissenschaft, Fragen der Kosten-Nutzen-Analyse und der Gesundheitsökonomik. In all diesen Bereichen

konnte er durch seine interdisziplinäre Arbeitsweise und durch die Verfolgung praktischer Bezüge wichtige Beiträge leisten. Darüber hinaus verfügt er über große Erfahrung in der Weiterbildung, insbesondere für den höheren, aber auch den gehobenen Verwaltungsdienst und kann diese in den Weiterbildungsaufgaben der Hochschule einbringen.

Thomas König, Jahrgang 1961, legte 1987 an der Universität Mannheim die Magisterprüfung in den Fächern Politische Wissenschaft und Romanistik ab. Das Thema seiner 1990 abgeschlossenen Dissertation lautet „Organisierte Einflüsse auf die Gesetzgebung im Politikfeld Arbeit“. Nach mehreren Forschungsaufenthalten im Ausland und Forschungsprojekten habilitierte sich König, ebenfalls in Mannheim, 1997 über die „Koordination, Kooperation und die Wahrung staatlicher Handlungsfreiheit“. Bis zur Annahme seines Rufes an die DHV Speyer hatte König dann einen Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität Konstanz inne.

Auch er deckt mit seinen zahlreichen Publikationen ein breites Themenfeld ab. Unter seinen Schriften sind Problemfeldanalysen, Arbeiten über Institutionen und Darstellungen von Politischen Entscheidungsprozessen in Staat, Regierung und Verwaltung zu finden. Sein besonderes Interesse gilt in letzter Zeit dabei dem Themen-



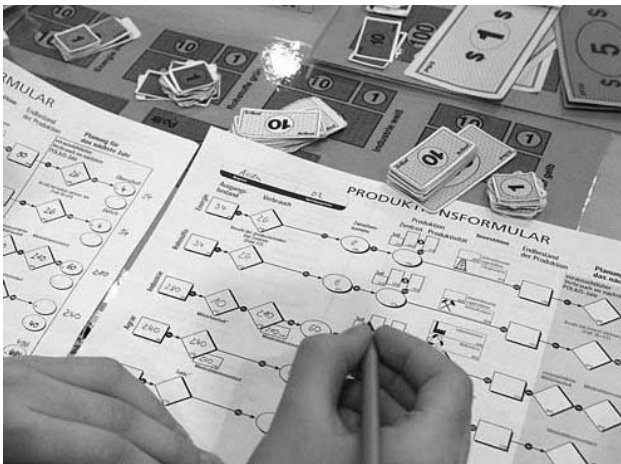
... und an Univ.-Prof. Dr. Thomas König (rechts) am 19. September 2003

Fotos: DHV

schwerpunkt Europa. In seiner bisherigen Lehre deckt er – über seine Forschungsinteressen hinaus – viele Aspekte der gesamten Politikwissenschaft ab, darunter z. B. Fragen der Koalitions- und Regierungsbildung, der Eliten-, Organisations- und Netzwerktheorie. Ein weiteres Interesse Königs gilt der anwendernahen Weiterbildung im Feld der Strategieplanung und Interaktion in Netzwerken.

Weltpolitik in Aula und Audimax Simulation „POL&IS“ zu Gast an der DHV Speyer

Fähnchen aus aller Welt wehten im leichten Luftzug, das Stimmengewirr erinnerte an einen orientalischen Basar und ein Akten- und Papierwust türmte sich auf den Arbeitstischen: Die Aula und das Audimax der DHV Speyer waren am Wochenende des 18. Juli bis 20. Juli 2003 Schauplatz der Weltpolitik. 32 Studenten der DHV Speyer gestalteten interaktiv das von den Jugendoffizieren der Bundeswehr initiierte



Die POL&IS Simulation stellte die Teilnehmer oft vor schwere politische Entscheidungen ...

Plan- und Rollenspiel „POL&IS“ (Politik und Internationale Sicherheit).

Der chinesische Staatsminister stand sichtlich aufgewühlt am Rednerpult des Audimax: „Dieses Jahr war ein gutes für China. Unsere tapferen Arbeiter und Bauern haben dafür gesorgt, dass wir gute Ergebnisse erzielen konnten.“ Die Regierungsvertreterin Afrikas und die Herren aus Asien konnten dagegen nur Hiobsbotschaften verkünden. Sie wollten noch nicht einmal garantieren, dass das Existenzminimum ihrer Bevölkerung im nächsten Jahr gesichert sei. Osteuropa sah sich dagegen auf dem Weg in die EU sowie in die NATO, und die GUS-Vertreter hatten endlich jemanden gefunden, der ihnen die teure Abrüstung bezahlt. Die Westeuropäer dagegen hatten keinerlei finanzielle Sorgen: Sie verkündeten daher vollmundig vor der Vollversammlung der Weltregionen, Entwicklungshilfe leisten zu wollen.

Weltpolitik „live“, doch dieses Mal nicht in der Generalversammlung der UNO in New York, sondern im Audimax der DHV Speyer. Möglich machten das Schauspiel Offiziere der Bundes-

wehr: Hauptmann Martin Hess und Hauptmann Mike Schweitzer führten vom 18. bis 20. Juli 2003 mit 32 Hörern der DHV Speyer das Simulations- und Rollenspiel „POL&IS“ (Politik und Internationale Sicherheit) durch. Unterstützt wurden die beiden Jugendoffiziere dabei aus ihren eigenen Reihen von den DHV-Dozenten Oberstleutnant i. G. Christian Meyer und Major Dr. Marcus Jurij Vogt.

Die Simulationsleiter erläuterten die Idee hinter dem Weltpolitik-Spiel: „POL&IS‘ ist ein politisches und ökonomisches wie auch ökologisches Planspiel, das auf der realen Welt basiert. Dabei besteht die ‚POL&IS‘-Welt aus elf Regionen, die nach ihrer politischen, wirtschaftlichen und geographischen Ähnlichkeit zusammengefasst sind. Die Daten, welche die Teilnehmer zu ‚ihrer‘ Region an die Hand bekommen, sind dabei an die tagesaktuelle Welt angepasst.“

Alle teilnehmenden 32 Hörerinnen und Hörer der DHV Speyer starteten zu Beginn des „POL&IS“-Wochenendes also mit unterschiedlichen Voraussetzungen - und auch unterschiedlichen Funktionen wie Regierungschef, Staatsminister oder Wirtschaftsminister - in die Weltpolitik. Während die drei Vertreterinnen Nordamerikas sich Gedanken darüber machen mussten, wie sie die Sicherheit ihrer Region in Zukunft gewähren wollten, plagte die Interessenvertretung Afrikas die Sorge um den millionenfachen Hungertod. Bei den drei Herren aus Japan rauchten die Köpfe wegen des Rohstoffmangels in ihrer Region. Die Delegation der Chinesen dagegen konnte sich zunächst zu-



... die sehr umsichtig gelöst werden mussten

Fotos: <http://www.bundeswehr.de/jugend/jugendoffizier>

rücklehnen, denn die Region war so gut wie autark. Viele Regionen hatten sich im Atomwaffensperrvertrag sowie KSE-Vertrag zur Abrüstung verpflichtet. Die Frage war nun: Steht auch die Finanzierung der Programme?



Umfangreiches Regelwerk

Klar war allen Beteiligten: Die Probleme der einzelnen Regionen können nur durch Handelsabkommen, zwischenstaatliche Verträge und Militärbündnisse gelöst werden. Und dabei musste natürlich jeder Interessenvertreter versuchen, die größtmöglichen Vorteile für „seine Region“ zu erzielen. Rechtsreferendarin Iris Müller brachte es wie folgt auf den Punkt: „Jeder muss sich in seine ihm zugewiesene Rolle hineinversetzen und sich auch voll mit ihr identifizieren.“

Schnell ging es auf das Parkett der Weltpolitik - und dort ging es hektisch zu: Innerstaatlichen Beratungen folgten Investitionen und der Handel mit Gütern am Weltmarkt. Dazu stiegen Welthandelsrunden - gegebenenfalls als Krisengipfel - unter Federführung der ‚Weltbank‘. Diplomingenieurin Bettina Franke: „Die Makler- und Mediatorenfunktion der Weltbankiers fordert besonders in den Krisen. Man



Die Welt als Schachbrett

muss sich schon handfeste Argumente einfallen lassen, um über irrationale Feilscherei hinauszukommen und erfolgversprechende Kompromisse zu schnüren.“

Auf dem politischen Parkett handelten derweil die Regierungschefs und Staatsminister der Regionen in zwischenstaatlichen Gesprä-

chen Verträge aus. Am Ende eines Spielzuges, sprich einem „POL&IS“-Jahr, ging es schließlich in die Vollversammlung der Regionen: Im Audimax mussten alle Regierungen einen Überblick über das vergangene „POL&IS“-Jahr abgeben und hatten anschließend die Möglichkeit, Anträge zu stellen. Auch die zwei Vertreterinnen der Weltpresse und der Generalsekretär der UNO, an diesem Wochenende Oberstleutnant Meyer, kamen hier mit kommentierenden Beiträgen zu Wort.

„Die Simulation erfordert von den Teilnehmern, dass sie sich in kürzester Zeit in Sachverhalte einarbeiten und diese sofort in freier Rede vor einem größeren Publikum präsentieren und auch Rede und Antwort zu diesem Thema stehen,“ beschrieb Rechtsreferendar Stefan Olek den Lerneffekt der Simulation. „Auch die Teamfähigkeit sowie weitere sogenannte „social skills“ werden durch „POL&IS“ gefördert“, meinte Rechtsreferendarin Stefanie Theilen.

Um die „social skills“ nicht zu vernachlässigen, ging es am Samstagabend dann auch gleich auf einen Grillabend ins Offizierskasino nach Germersheim. Denn wie auch so oft in der Weltpolitik: Manchmal fallen die wichtigsten Entscheidungen im Freizeitdress beim Bierchen ...

Im Feedback ergab sich Ermutigendes für die Hörerinnen und Hörer der Hochschule. Die Simulationsleiter meinten, auf der Höhe des DHV-Niveaus hätten sie noch nie POL&IS durchgeführt. „Flexibilität, argumentative Durchdringung und Reaktionstempo auf einsimiulierte Lageverschärfungen sowie das rhetorische Geschick der Regierungsvertreter übertrafen die Fähigkeiten von anderen Gruppen deutlich“ analysierte Mike Schweitzer. Umgekehrt bot der interaktive Ansatz der Simulation den Hörern Gelegenheit, in einem unübersichtlichen Mehrebenensystem angelesenes Wissen umzusetzen. Das Fazit des Wochenendes lautet daher: Die Simulation „POL&IS“ ist geeignet, Postgraduierte realitätsnah zu fordern. Führungsfähigkeiten sowie proaktives Handeln und Entscheiden können so eintrainiert bzw. optimiert werden.

Anika Ullrich

Alles für die Karriere Jobmesse Orientierungsphase II

Am 23. Juli 2003 stand während der Jobmesse „Orientierungsphase II“ an der DHV Speyer wieder die zukünftige Karriere der Hörerinnen und Hörer einen Tag lang im Mittelpunkt des Interesses. Erneut standen Behörden, Institutionen, Unternehmen, Kanzleien und Sozietäten an Messeständen in der Aula und in Kurzpräsentationen im Audimax den Messebesuchern Rede und Antwort, gaben Auskunft über Berufseinstiegschancen und loteten auf dieser Recruiting-Veranstaltung das Potential ihrer möglichen Bewerber von morgen aus. Leider spiegelte sich die derzeitige Arbeitsmarktlage auch auf dieser Jobbörse wider. So konnten trotz großer Bemühungen durch die Organisatoren nur 13 Arbeitgeber für eine Teilnahme an der Messe gewonnen werden. Vielleicht liegt hierin auch ein Grund für die in diesem Semester geringere Gesamtbesucherzahl.



Beinahe schon Stammgäste: Der Gemeinschaftsstand des Bundesinnenministeriums und des Bundesverwaltungsamts
Foto: DHV

Abschied von Speyer Semesterabschlussveranstaltung

In der traditionellen Semesterabschlussversammlung verabschiedete der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch, am 30. Juli 2003 die Hörerinnen und Hörer des Sommersemesters 2003. Nach einem kurzen Rückblick auf die Highlights des Semesters und einem Ausblick auf die weitere Entwicklung der DHV Speyer dankte der Rektor der Hörer-

schaft für ihr außerordentliches Engagement in den vergangenen drei Monaten und übergab das Wort an Annette von Hoiningen gen. Huene, die Hörsprecherin des Sommersemesters 2003. Auch sie zog in ihrer Abschiedsrede

eine positive Bilanz des Semesters. Eindringlich warb sie vor dem Hintergrund der derzeit laufenden Umstrukturierung der Juristenausbildung dafür, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer in ihrer jetzi-



Abschiedsrede der Hörsprecherin des Sommersemesters 2003, Freiin Annette von Hoiningen gen. Huene
Fotos: DHV

gen Qualität zu erhalten. Ausführlich würdigte sie den Charakter der Hochschule als interdisziplinäres und gesamtdeutsches Forum für verwaltungswissenschaftliche Aus- und Weiterbildung. Dabei unterstrich sie das besondere Lernklima an einer Hochschule mit „Professoren zum Anfassen“.



Verabschiedung der Hörerinnen und Hörer durch den Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. R. Fisch

Gesetzesfolgenabschätzung in der Praxis: Datenschutzbericht

Im Auftrag des BMI wurde von Univ.-Professor Dr. Carl Böhret und Mitarbeitern eine prospektive Gesetzesfolgenabschätzung zum Regelungsvorhaben eines Datenschutzauditgesetzes (DSAG) durchgeführt; unter mehrfacher Beteiligung von Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Behörden und Verbänden. Die im Handbuch Gesetzesfolgenabschätzung (2001) dargestellte Methodik konnte erneut auf ihre praktische Relevanz erprobt werden.

Gesetzesfolgenabschätzung in der Praxis: Naturschutzgesetz

In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Umwelt und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz wird derzeit eine prospektive Gesetzesfolgenabschätzung zum geplanten Regelungsvorhaben „Landesnaturenschutzgesetz“ durchgeführt. Eine Arbeitsgruppe wird v. a. von Univ.-Professor Dr. Carl Böhret (DHV Speyer) und Dr. Götz Konzendorf (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz) unterstützt. Das Vorhaben beachtet auch die neuen Bestimmungen der GGO der Ministerien.

Forschungssemester in Groningen

Univ.-Professorin Dr. Dorothea Jansen verbrachte auf Einladung der Niederländischen Wissenschaftsorganisation ein Forschungssemester am Interuniversity Center for Social Science Theory and Methodology (ICS) in Groningen. Frau Jansen hielt dort am 17. April 2003 im ICS Kolloquium Groningen einen Vortrag zum Thema „Supporting Newly Founded Firms – Personal and Professional Networks“. Im ICS Kolloquium in Utrecht stellte sie am 27. Juni 2003 das Forschungsprogramm der von ihr koordinierten Forschergruppe „Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit von Universitäten und Forschungsorganisationen – Neue Governanceformen“ vor. Diese Forschergruppe ist

am 1. Juli 2003 nach der positiven Begutachtung von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingerichtet worden. Sie wird ihre Arbeit im Herbst 2003 aufnehmen. Zwei der insgesamt fünf Teilprojekte sowie das Koordinationsprojekt der Sprecherin sind am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in Speyer angesiedelt.

Das ICS, eine gemeinsame Einrichtung der Universitäten Groningen, Utrecht und Nijmegen, ist ein führendes sozialwissenschaftliches Forschungszentrum in den Niederlanden. Die Groninger Gruppe ist international ausgewiesen in Theorie und Methoden der Analyse sozialer Netzwerke, einem der Forschungsschwerpunkte von Univ.-Prof. Dr. Jansen. Ihr Interesse während des Aufenthaltes galt vor allem den dort entwickelten Methoden zur dynamischen Modellierung von Netzwerken und ihrer Anwendung auf das von ihr geleitete Forschungsprojekt zur Vernetzung von Forschung im Rahmen der Forschergruppe zu Neuen Governanceformen im deutschen Wissenschaftssystem.

Bürgerschaftliches Engagement

Anhand zweier Szenarien verdeutlichte Univ.-Professor Dr. Carl Böhret „Notwendigkeit und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements in der Zukunft“ anlässlich einer VHS-Veranstaltung Ende Februar 2003 in Speyer.

Sophia Antipolis

Am 28.03.2003 hat Univ.-Professor Dr. Heinrich Reinermann einen Vortrag zum Thema "The Next Generation: What will government look like in 2010?" anlässlich des Government Thought Leaders roundtable Forums von Microsoft vom 27. bis 28. März 2003 in Nizza gehalten.

Kolloquium in Speyer

Am 1. April 2003 referierte Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann zum Thema „Zum Einsatz von Verfahren

und Werkzeugen der Entscheidungsunterstützung – eine kritische Betrachtung“ anlässlich des Forschungskolloquiums von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch und Privatdozent Dr. Dieter Beck, das vom 31. März bis 2. April 2003 in Speyer stattfand.

Landesnaturenschutzgesetz – Perspektiven –

Univ.-Professor Dr. Carl Böhret referierte auf einer gemeinsamen Tagung des Ministeriums für Umwelt und Forsten, des Bundesverbandes Beruflicher Naturschutz und des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht am 7.7.2003 in Mainz über die Anwendungsmöglichkeiten von Gesetzesfolgenabschätzungen für das Regelungsvorhaben des LNatSchG.

Vortrag in Ilmenau

Am 8. April 2003 hielt Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann das Einführungsreferat mit dem Thema "Wissenschaftliche und politische Hintergründe zu eGovernment" anlässlich des Kolloquiums „Die eGovernment-Initiative des Bundes – BundOnline 2005 in der BVBW“ in Ilmenau.

Erläuterungen zu Hochleistungsportalen

Am 10. April 2003 referierte Dr. Jörn von Lucke auf Einladung von T-Systems Nova zum Thema „Hochleistungsportale: Bürgerakte und Dokumentensafe“ in Darmstadt.

FKS II trifft sich in Leer

Über regionale Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Gebieten informierten sich Kollegiaten des II. FKS während ihres jährlichen Treffens, das diesmal von Niedersachsen organisiert wurde. Vom 29. Mai bis 1. Juni 2003 standen Werftbesuche, eine professionelle Führung durch das kürzlich eröffnete Emssperrwerk und Besichtigung anderer öffentlicher Einrichtungen und Museen

auf dem Programm. Die Diskussion von Vorhaben der Verwaltungsmo- dernisierung und die weitere Inten- sivierung des FKS-Netzwerkes waren weitere Gesprächspunkte.

Interkulturelle Polizeizusammenarbeit

„Die interkulturelle Zusammenarbeit nationaler Polizeikräfte im Kontext des europäischen Polizeirechts“ lautete der Titel eines Vortrages, den Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 24. Mai 2003 auf Einladung des Arbeitskreises Europäische Integra- tion e. V. in Verbindung mit dem Heidelberger Europa-Forum auf der Tagung „Raum der Freiheit, der Si- cherheit und des Rechts“ am 23./24. Mai 2003 an der Universität Heidel- berg hielt.

Kommunalisierung der Betreuung

Am 28. Mai 2003 referierte Univ.- Professor Dr. Rainer Pitschas zu „Kommunalisierung der Betreuung? Zur kommunalen Gestaltung der re- formierten Betreuungsbehörden er- weiterten Zuschnitts“. Der Vortrag fand statt in Berlin-Erkner auf der Jahrestagung 2003 der Leiterinnen und Leiter von Betreuungsbehör- den/-stellen vom 26. - 28. Mai 2003.

Staatssekretärin Ute Vogt zu Gast an der DHV Speyer



Begrüßung von Ute Vogt (links) durch den Rektor
Foto: DHV

Am 16. Mai 2003 besuchte die Par- lamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Inneren, Ute Vogt, die DHV Speyer. Frau Vogt,

selbst ehemalige Hörerin der Hoch- schule, wurde vom Rektor und vom Prorektor der DHV Speyer, den Univ.-Professoren Dres. Rudolf Fisch und Hermann Hill über die derzeit laufenden Umstrukturierungen an der Hochschule sowie über aktuelle verwaltungswissenschaftliche For- schungen informiert.

10. Deutsch-Französisches Verwaltungskolloquium

Nach einem Vortreffen am 6. Juni 2003 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer mit einem Vortrag zur De- zentralisierungsproblematik in Frankreich von Prof. Jean-Marie Pontier (Université Aix-Marseille) fand am 16. und 17. Juni 2003 in Straßburg das 10. Deutsch-Französi- sche Verwaltungskolloquium statt. Unter der Leitung von Univ.-Profes- sor Dr. Dr. h. c. Siedentopf waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Speyer in die elsässische Metropole gereist, um dort an der Ecole Natio- nale d'Administration (ENA) gemei- sam mit französischen Kommilito- nen und Experten deutsche und französische Verwaltungsprobleme zu erörtern. Neben Prof. Siedentopf und M. Dorandeu, Directeur adjoint des études de l'ENA, standen den Teilnehmern Prof. Gebauer, Prof. Schwarting, Dr. Schwanengel, Mme

Clara Jezewski vom Conseil économique d'Alsace und M. Jean Maia, Conseiller juridique au SGCI, Rede und Antwort. Ein Besuch im Musée d'Art Moderne und bei der Commu- nauté urbaine de Strasbourg rundeten das Programm ab.

Vortrag im österreichischen Nationalrat (Wien)

Univ.-Professor Dr. Carl Böhret referierte am 24. Juni 2003 über Erfahrungen mit der Ge- setzesfolgenabschätzung in der Bundesrepublik anlässlich einer gemeinsamen Tagung des National- rats der Bundesrepublik Österreich und der Österreichischen Gesell- schaft für Gesetzgebungslehre.

Einladung des Cabinet Office der japanischen Regierung

Vom 9. bis 15. Juni 2003 hat Univ.- Professor Dr. Rainer Pitschas auf Einladung der japanischen Regie- rung/Cabinet Office das Kaiserreich Japan besucht. Gegenstand des Auf- enthalts waren Vorträge und Ge- spräche zur Entwicklung der inneren Sicherheit auf der Ebene der Polizei einerseits und des Sicherheitsgewer- bes andererseits. Am 11. Juni 2003 hielt Professor Pitschas einen Vor- trag an der National Police Agency zum Thema „Innere Sicherheit im partnerschaftlichen Rechtsstaat. Zur künftigen Aufgabenverteilung zwi- schen staatlicher Polizei und Zivil- gesellschaft“. Am 12. Juni 2003 hielt Pitschas einen zweiten Vortrag vor der „All Japan Security Service Asso- ciation (AJSSA)“ zu dem Thema „Das Sicherheitsgewerbe in Deutsch- land. Bestand und Perspektiven am Be- ginn des 21. Jahrhunderts“. Die Ge- spräche setzten eine Initiative zum Entwicklungsvergleich des deut- schen und japanischen Polizeirechts unter Einbeziehung rechtstatsäch- licher Umstände fort, die mit dem Besuch des japanischen Hochschul- lehrers Prof. Dr. Akiro Takahashi von der Kaiserlichen Universität Osaka/ Juristische Fakultät im Herbst 2002 begonnen worden war.

Freie Berufe und Sozialversicherung

Am 3. Juni 2003 hat Univ.-Professor Dr. Dr. Detlef Merten in Berlin den Festvortrag aus Anlass des 25-jähri- gen Bestehens der Arbeitsgemein- schaft berufsständischer Versor- gungseinrichtungen e. V. zu dem Thema „Freie Berufe und Sozialversi- cherung“ gehalten. Zentrales Thema des Vortrages und der sich anschlie- ßenden Podiumsdiskussion, u. a. mit Professor Dr. Dr. Hans Peter Schnei- der und Professor Dr. Rupert Scholz, war die Frage nach der verfassungs- rechtlichen Zulässigkeit, Angehörige der verkammerten Freien Berufe, die in der Regel bereits in den Versor- gungswerken abgesichert sind, in die Pflichtmitgliedschaft der gesetz-

lichen Rentenversicherung einzubeziehen.

Gesprächskreis Innere Sicherheit

Am 17. und 18. Juni 2003 fand im Bayerischen Staatsministerium des Innern in München die zweite Sitzung des von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas gemeinsam mit dem Arbeitskreis II der Deutschen Innenministerkonferenz initiierten Gesprächskreises „Innere Sicherheit“ statt. Die Veranstaltung, die unter der gemeinsamen Leitung von Pitschas, Herrn Ministerialdirigenten Jörg Ziercke (Innenministerium Schleswig-Holstein/Kiel, Vorsitzender des Arbeitskreises II) und Herrn Dr. Harald Olschok (Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen) stand, widmete sich dem Thema der „Aufgabenkooperation von Polizei- und Sicherheitsgewerbe“. Auf der Grundlage präzisierter Kooperationsangebote des Sicherheitsgewerbes versuchten die Gespräche auszuloten, wie die Kooperationsfelder im Einzelnen effizient gemeinsam bearbeitet werden könnten. Ein Erfahrungsbericht aus Österreich sowie ein Sachstandsbericht „Sicherheit Fußball-WM 2006“ reicherten den Gesprächskreis an. Er soll im Winter dieses Jahres fortgeführt werden.

Zweibrücken

Am 26. Juni 2003 hielt Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas einen Vortrag in Zweibrücken auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Polizeipräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zum Thema „Innere Sicherheit im Neuen Rechtsstaat. Zur Reorganisation ihrer Gewährleistungsstruktur im Spannungsfeld zum Freiheitsschutz“.

„architektouren 2003“

Am 29. Juni 2003 hatte die Hochschule ihre Pforte im Rahmen der „architektouren 2003“ für die architekturinteressierte Öffentlichkeit geöffnet. Die rheinland-pfälzischen Ta-

ge der Architektur finden seit 1995 jährlich statt und stoßen in jedem Jahr auf positive Resonanz. Ihr Anliegen ist, zeitgenössische Architektur im Zusammenwirken mit Architekten, Bauherrn und Nutzern ins Gespräch zu bringen. So stand an diesem architektonischen Tag der offenen Tür die Architekten und Bauleiter der Hochschule den Besuchern Rede und Antwort.

Vortrag an der FU Berlin

„Krankenkassenreform durch Stärkung von Selbstverwaltung und Wirtschaftlichkeit?“ lautete der Titel eines Vortrages, den Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 3. Juli 2003 auf Einladung der Freien Universität Berlin im Rahmen der 2. Berliner Gespräche zum Gesundheitsrecht mit dem Thema „Krankenkassenreform und Wettbewerb“ hielt.

Informationsreise nach Brüssel

Vom 8. - 9. Juli 2003 hat Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas als Vorstandsmitglied an einer Informationsreise der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht e. V. zur Europäischen Kommission nach Brüssel/Belgien teilgenommen. Der Besuch war Informationen und Beratungen zur Weiterentwicklung einer EU-weiten Gesundheitspolitik gewidmet. Auf europäischer Seite waren die Generaldirektion Sanco sowie der Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlamentes sachkundige Gesprächspartner. Organisatorisch wurde der Aufenthalt durch die Landesvertretung Bayerns in Brüssel unterstützt.

Festvortrag

Em. Universitätsprofessor Dr. Rudolf Morsey hielt am 14. Juli 2003 im Rahmen einer Reihe „Historisches Gedächtnis“ der Konrad Adenauer-Stiftung in Berlin, aus Anlass des 125. Geburtstags von Andreas Hermes, den Festvortrag „Andreas Hermes – ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten Demokratie“. Die Vorsitzende der CDU Deutsch-

lands, Dr. Angela Merkel, MdB, hatte die Veranstaltung eröffnet. In deren Rahmen erfolgte die offizielle Präsentation des Sonderpostwertzeichens „Andreas Hermes“ (Serie: Aufrechte Demokraten) durch den Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel.

Gastwissenschaftler in Speyer

Vom 10. Juli 2003 - 10. September 2003 weilte auf Einladung von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas der marokkanische Gastwissenschaftler Prof. Dr. Abdeljabbar Arrach von der Universität Hassan I in Serrat/Marokko zur einem Forschungsaufenthalt in Speyer. Der marokkanische Gastwissenschaftler, dessen Forschungsaufenthalt vom DAAD finanziert wurde, führt ein Forschungsvorhaben zum Thema „Die Zuwanderung der maghrebini-schen Arbeitnehmer in die Europäische Union - eine Analyse des Wanderungsstroms aus Marokko im Lichte der euro-mediterranen Partnerschaft“ durch. Herr Prof. Arrach hat bei Herrn Pitschas 1995 an der DHV Speyer nach zuvor absolviertem Aufbaustudium promoviert. Nach einer Tätigkeit als Verwaltungsmitarbeiter im marokkanischen Ministerium für Raumordnung und Stadtplanung arbeitet Herr Professor Arrach nunmehr an der Universität Hassan I in Serrat an der Juristischen Fakultät.

Vom 23. Juli bis 9. August 2003 betreute Pitschas dann den bekannten japanischen Verwaltungsrechtswissenschaftler Prof. Dr. Takenori Murakami. Der japanische Gastwissenschaftler führte eine rechtsvergleichende Untersuchung zu den Theorien der Privatisierung bzw. öffentlich-privaten Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Personennahverkehrs durch. Herr Murakami kommt von der staatlichen Universität Osaka/Juristische Fakultät in Japan. Daneben besuchte vom 5. bis 12. August 2003 der Unterabteilungsleiter Deok-Cheol Kwon aus dem koreanischen Ministerium für Gesundheit und Soziales die DHV Speyer.

Hier führte er Gespräche mit Univ.-Professor Dr. Pitschas über den Aufbau und Ausbau der koreanischen Pflegeversicherung. Herr Kwon promoviert zugleich bei Pitschas über das Thema „Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit der deutschen Pflegeversicherung zur sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit in Südkorea“. Er war bereits zu zwei längeren Forschungsaufenthalten in Speyer, die jeweils von der koreanischen Regierung im Rahmen eines Förderungsprogramms für besonders herausragende Beamte finanziert wurden.

Auf Einladung von Prof. Pitschas weilte als weiterer Gastforscher vom 1. August 2002 bis 31. August 2003 Herr Professor Dr. Ik-Sup Shim von der Dongguk-Universität, Seoul/Südkorea in Speyer. Er widmete sich in diesem Forschungsjahr, das von der Dongguk-Universität, einer Partneruniversität der DHV Speyer, finanziert wurde, dem Thema „Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union: Zukunft der National- und Europa-Politik“. Professor Shim hat während dieser Zeit im SS 2003 gemeinsam mit Prof. Pitschas ein Seminar zur „Vergleichenden Verwaltungswissenschaft“ durchgeführt. Er ist einer der führenden Verwaltungswissenschaftler der Republik Korea, für die er zugleich bei dem hiesigen Aufenthalt einen Forschungsauftrag erledigte.

Vorlesung im Rahmen der Summer school in Konstanz

In der Zeit vom 29. bis 31. Juli 2003 hielt Herr Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann im Rahmen einer "Escuela de Verano" (Summer school) an der Universität Konstanz Vorlesungen zum Verfassungsrecht. Das von den Universitätsprofessoren Dr. Martin Ibler und Dr. Dieter Lorenz organisierte Programm wurde in spanischer Sprache abgehalten. Teilnehmer waren Dozenten und Doktoranden von der Universität Santo Tomás de Bogotá (Kolumbien), die in der Interpretation und Dogmatik des deutschen Verfassungsrechts Anre-

gungen und Orientierung für die Verfassungsentwicklung ihres Heimatlandes suchen.

Ausstellungseröffnung

Em. Universitätsprofessor Dr. Rudolf Morsey sprach aus Anlass der Präsentation einer Ausstellung „Bismarcks Reichstag“, zusammengestellt von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, am 26. August 2003 in Erfurt über das Thema „Bismarck und Windthorst – Zwei Wege deutscher Politik im 19. Jahrhundert“. Die Veranstaltung eröffnete die Präsidentin des Thüringer Landtags, Christine Lieberknecht.

Einladung in Forschergruppe

Das „Open Research Center for the Development of Local Human Resource and Local Public Policy (LORC)“ an der Ryukoku University in Japan sowie die Kyushu University/Faculty of Law in Japan haben beide Herrn Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas aufgefordert, einer internationalen Forschungsgruppe zum Thema „Research of Developments in the system of Public Policy and Human Resources in Local Areas“, das von der japanischen Regierung finanziert wird, beizutreten. Bei dem Projekt geht es um die Verbesserung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und des Bürgerengagements auf lokaler Ebene im Kaiserreich Japan. Pitschas ist in die Forschergruppe No. 2 („Cooperated training system for the local government and NPO personnel by NPO's, local governments and universities“) berufen worden. Das erste internationale Symposium dieses Forschungsprojekts fand am 13. und 14. Oktober 2003 in Kyoto/Japan statt. Ein zweites internationales Symposium wird im August 2004 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer durchgeführt. In der Domstadt werden weitere Forschungsmitglieder aus der Europäischen Union hinzustoßen.

Rom

Von 15. bis 17. September 2003 moderierte Univ.-Professor Dr. Heinrich Reiner den „Modernising Government Track“ anlässlich des „Government Leaders' Forum 2003“ von Microsoft in Rom.

Erörterung der Ergebnisse des Europäischen Konvents

Im Rahmen eines von der Konrad-Adenauer-Stiftung geförderten Symposiums zur Verfassungsentwicklung in der Europäischen Union, das in der Zeit vom 17. bis 21. September 2003 in der Villa La Collina in Cadenabbia stattfand, hielt Herr Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann einen Vortrag über Verfassungsperspektiven für die Demokratie in der erweiterten Europäischen Union. Auf der Veranstaltung wurden länderübergreifend die Konventionsergebnisse diskutiert. Vortragende waren verschiedene Professoren der drei „großen“ Gründerländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft: Deutschland, Frankreich und Italien.

Vortrag in Dresden

Am 18. September 2003 hielt Dr. Jörn von Lucke einen Vortrag zum Thema „Citizen-Relationship-Management über Hochleistungsportale der öffentlichen Verwaltung“ anlässlich der 6. Internationalen Tagung Wirtschaftsinformatik 2003 in Dresden.

Symposium in Japan

„Behind New Public Management. Decentralisation in Progress and Human Resources Development: The German Education and Training System for Public Officers as an Example“ lautete der Titel des Vortrags, den Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 14. Oktober 2003 in der Ryukoku University, Fukakusa/Japan auf dem Symposium über „Developing a System for Local Human Empowerment and Local Policy Making“ hielt.

Dongguk-University/Korea

Über den „Wandel des Verfahrens- und Verwaltungsprozessrechts in Deutschland“ referierte Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas am 23. Oktober 2003 auf dem gemeinsamen Symposium der Dongguk-Universität Seoul/Korea und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 23. bis 25. Oktober 2003. Das Thema des Symposiums in Seoul lautete „Staatliche Dezentralisation und gesellschaftliche Eigenverantwortung. Umbau der Kommunalverwaltung und gesellschaftliche Eigenverantwortung in der inneren und sozialen Sicherheit“. Am 24. Oktober 2003 referierte Pitschas dann über „Verwaltungsdezentralisation als Strategie zur Ermöglichung nachhaltigen Bürgerengagements in Deutschland“. Die Titel der weiteren beiden Vorträge von Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas während dieses Symposiums lauten „Der Übergang zu einer neuen Sicherheitsarchitektur in Deutschland“ sowie „Die Suche nach einer ‚Neuen Verwaltungshauptstadt‘ als Gegenstand der Verwaltungsdezentralisierung: Probleme des Hauptstadtmzugs in Deutschland von Bonn nach Berlin“.

Universidad de Costa Rica

Vom 13. bis 17. Oktober 2003 besuchte der Referent für das Ausländer-(Aufbau-)Studium, Patrick Laurency, M. A., Mag. rer. publ., das Centro de investigación y capacitación en administración pública (CICAP) der Universität von Costa Rica, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit des CICAP und der DHV Speyer zu besprechen.

Besuch vom Finanzamt

Nicht um Einkommenssteuerbescheide, Kilometerpauschalen oder gar um Buchprüfungen ging es am 6. Oktober 2003 als sich 25 Mitarbeiter des Finanzamtes Speyer bei der Hochschule angemeldet hatten, um zu erfahren, wie die Behörde von morgen aussieht. In

Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, dem Prorektor der Hochschule, hatten sie einen kompetenten Gesprächspartner gefunden, der ihnen die neuesten Entwicklungen in Sachen e-government, Qualitätsmanagement, Kosten-Leistungs-Rechnung und Verwaltungsmodernisierung vorstellte.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich sehr schnell, dass die Besucher an konkreten Hilfestellungen dafür interessiert waren, ihre Behörde noch effizienter und bürgerfreundlicher zu machen. Besonders beeindruckt zeigten sie sich von den neuen, IT-gestützten Weiterbildungsformen, die an der Hochschule entwickelt werden. An die Diskussion schloss sich ein Rundgang über den Campus an, bei dem RR Claus Ableiter und Dr. Klauspeter Strohm den Gästen die Besonderheiten der Hochschule erläuterten. Hier galt das besondere Interesse der Gruppe, allesamt Speyerer, der Integration der Hörrinnen und Hörer in die Domstadt. Begrüßt wurde hier die Initiative der Hochschule, für ausländische Hörerinnen und Hörer im Ausländer-(Aufbau-)Studium Gasteltern zu finden, die diese in besonderem Maße betreuen.



Mitrißender Vortrag: Univ.-Professor Dr. Hermann Hill, Prorektor der DHV Speyer, entwirft im Senatsraum die Verwaltung von morgen
Foto: DHV

SpeyerJournal Nr. 3

Sommersemester 2003

(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der DHV Speyer,

Freiherr-vom-Stein-Str. 2,
67346 Speyer;

Tel.: 06232/654-225;

Fax.: 06232/654-208;

E-Mail: strohm@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Bearbeitung: Hildegard Griebner
Satz und Druck: DHV Speyer,
Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: DHV, Laurency, Jahn-Zimmermann, Ihringer, DHV-Archiv, <http://www.bundeswehr.de/jugend/jugendoffizier>, Reinhard Groener

Titelbild: Landtagspräsident Grimm und die Univ.-Professoren Dres R. Fisch und Ziekow (v. l.) bei der Unterzeichnung des Kooperationsabkommens mit dem rheinland-pfälzischen Landtag

Neues aus dem Ausländerstudium

Ausländische Studierende und Doktoranden an der DHV Speyer im Sommersemester 2003

Im Sommersemester 2003 studierten insgesamt 30 ausländische Hörerinnen und Hörer an der DHV Speyer. Acht ausländische Akademikerinnen und Akademiker haben zum 1. Mai ihr verwaltungswissenschaftliches Aufbaustudium begonnen. Drei von ihnen konnten sich bereits im letzten Wintersemester auf das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium erfolgreich vorbereiten, wodurch ihre Chancen auf die Erzielung eines überdurchschnittlichen Prüfungsergebnisses bei den nächsten Magisterprüfungen im April 2004 erhöht wurden.

Herr Gombojav Ariunbuyan aus der Mongolei sowie Herr Li Lin aus der Volksrepublik China, die beide dem Marion-Gräfin-Dönhoff-Jahrgang angehören, haben ihre Magisterprüfungen zum Ende des Sommersemesters erfolgreich abgelegt. Auch Herr Samodra Wibawa hat sein Promotionsstudium erfolgreich abgeschlossen. Sein Doktorvater ist Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas. Herr Wibawa ist mittlerweile als „Doktor rerum publicarum“ nach Indonesien zurückgekehrt. Die Zahl der an der DHV Speyer immatriku-

lierten ausländischen Doktoranden hat sich dennoch um zwei erhöht, weil drei Magister beziehungsweise Magistra rerum publicarum des Marion-Gräfin-Dönhoff-Jahrgangs, Herr Benkhadda (Marokko), Frau Burachevskaya (Russland) sowie Frau Liu (VR China), zur Promotion zugelassen wurden. Ihr Doktorvater ist Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas.

Tutorium für ausländische Studierende

Alle ausländischen Aufbaustudierenden nahmen wie immer an dem von Herrn Laurency geleiteten „Tutorium für ausländische Aufbauhörerinnen und -hörer“ teil, das jeweils montags von 8.30 - 10.45 Uhr stattfand. Nachdem die wichtigsten Fragen zur Organisation des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums und der dazugehörigen Verwaltungspraktika, die in den vorlesungsfreien Monaten September bis Oktober von allen Aufbaustudierenden absolviert werden müssen, geklärt waren, bestand für die ausländischen Hörerinnen und Hörer zunächst die Gelegenheit, über die Strukturen und Probleme der öffentlichen Verwaltung der jeweiligen Heimatstaaten zu berichten. Der Schwerpunkt der folgenden Sitzungen bestand in der gemeinsamen Erarbeitung von Methoden und

Formen des wissenschaftlichen Arbeitens. Dabei konnten die für die Durchführung eines erfolgreichen Aufbaustudiums notwendigen Kenntnisse über die in Deutschland gültigen Formen des Zitierens und der



Begutachtung eines Flächennutzungsplans

Dokumentation von Literatur von allen ausländischen Aufbaustudierenden erworben werden. Anknüpfend an den methodisch orientierten ersten Teil des Tutoriums stellte Herr Laurency dann ab Mitte Juni die Grundstrukturen und Grundprobleme der öffentlichen Verwaltung in Deutschland vor. Ein für Deutschland charakteristisches Strukturprinzip der öffentlichen Verwaltung, nämlich die kommunale Selbstverwaltung, wurde dabei gastweise vom Ersten Bürgermeister der Gemeinde Gräfelfing/München, Herrn Christoph Göbel, vorgestellt. Wie auch letztes Jahr schon, hat die am 7. Juli stattgefundene Veranstaltung großen Anklang gefunden. Neben den ausländischen Aufbaustudierenden hörten auch viele Doktoranden der DHV Speyer den wie immer sehr anschaulichen Ausführungen von Herrn Göbel gespannt

[Fortsetzung auf Seite 28]



Südamerikanische Ballnacht



„Eine südamerikanische Ballnacht“ lautete das Motto des diessemestrigen Hochschul-Sommerballs. Rund 500 Gäste fanden sich am 25. Juli 2003 in der von den Hörerinnen und Hörern festlich dekorierten Aula ein. Nach der offiziellen Balleröffnung durch Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der Hochschule und die Ballreferentin Natascha Döhner gaben sich die Gäste Musik, Tanz, heiteren Gesprächen und südamerikanischen Delikatessen hin. Ausdrücklich bedankten sich die Vertreter der Hörerschaft bei der Speyerer Hochschulvereinigung e. V. und deren Vorsitzenden, dem Speyerer Oberbürgermeister Werner Schineller, die wieder einmal durch eine großzügige Spende zum Gelingen des Balls beigetragen hat.



Blumenschmuck und die Dekoration des Foyers sowie des Innenhofs gaben zusammen mit einigen Showeinlagen, der schwungvollen Band und hochsommerlichen Temperaturen der Veranstaltung südliches Flair. Die heißen Rhythmen lockten auch Rektor Fisch mit seiner Gattin mehrmals auf das Parkett.

Der fröhliche und unterhaltsame Abend endete in den frühen Morgenstunden mit bekannten Diskomelodien.

Es bleibt nur, den Verantwortlichen und unzähligen Helfern Respekt auszusprechen für die gelungene Organisation dieses glänzenden Balles in der kurzen Zeit eines Semesters.







Im Biergarten des Domhof ...
Fotos: Laurency

[Fortsetzung von Seite 25]
zu. Sie warfen danach eine Fülle von Fragen auf, deren Beantwortung den zeitlichen Rahmen des Tutoriums notwendigerweise sprengen musste. Die anregende Diskussion mit Herrn Bürgermeister Göbel

wurde daher gegen Abend in die Gaststätte „Domhof“ verlegt und, begleitet von gutem Bier und allerlei pfälzischen Spezialitäten, bis kurz vor Mitternacht fortgeführt.

Verwaltungspraktika

Auch in diesem Sommersemester konnte die Hochschule jedem ausländischen Hörer und jeder ausländischen Hörerin ein Verwaltungspraktikum für die Monate September und Oktober vermitteln. So haben sich

die Stadtverwaltungen Dudenhofen, Heidelberg, Mainz und Speyer sowie die Kreisverwaltung Ludwigshafen und das Ministerium für Inneres und für Sport Rheinland-Pfalz bereit erklärt, unseren ausländischen Aufbaustudierenden in diesen Monaten nähere Einblicke in die Praxis von Verwaltungsabläufen in Deutschland zu gewähren. Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer bedankt sich sehr herzlich bei den beteiligten Häusern und Verwaltungsangehörigen für diese wichtige Hilfe.

Mitwirkung ausländischer Gastprofessoren am Seminar „Internationale Verwaltungsbeziehungen und vergleichende Verwaltungswissenschaft“

Im Sommersemester 2003 waren von den an die DHV Speyer und das FÖV eingeladenen Gastwissenschaftlern die Professoren Shim, Murakami und Arrach auch in der Lehre, insbesondere im Ausländer-Aufbaustudium engagiert tätig.

Besonders das Seminar „Internationale Verwaltungsbeziehungen und vergleichende Verwaltungswissenschaft“, an dem neben fünf ausländischen Aufbaustudenten auch einige ausländische Doktoranden am Lehrstuhl Professor Dr. Pitschas teilnahmen, durfte von dem intensiven wissenschaftlichen Diskurs mit den drei von Herrn Prof. Dr. Rainer Pitschas betreuten ausländischen Gastprofessoren profitieren.

Professor Ik-Sup Shim von der Dongguk-Universität in Seoul, einer Partneruniversität der DHV Speyer, hatte im Jahr 1989 an der Speyerer Hochschule den Titel eines „Doktor rerum publicarum“ erworben. Er kehrte im August 2002 nach Speyer zurück, um zusammen mit Professor Pitschas ein Forschungsprojekt durchführen zu können. Professor Shim konnte als Mitveranstalter des verwaltungswissenschaftlichen Seminars die Ergebnisse seiner Forschungsarbeiten zum Thema „Dezentralisationsstrategien in Deutschland und in Korea im Vergleich“ in die Lehre der DHV Speyer einbringen. Auch gab sein Aufenthalt dazu Gelegenheit, ein im Oktober 2003 an

der Dongguk-Universität Seoul stattfindendes Nachkontakt-Seminar für koreanische Absolventen der DHV Speyer vorzubereiten.

Professor Abdeljabbar Arrach von der Universität Settat/Marokko, selbst auch Absolvent des Doktorandenstudiums an der DHV Speyer, sowie Herr Professor Takenori Murakami von der Kaiserlichen Universität Osaka/Japan hatten Anfang Juli einen mehrwöchigen Forschungsaufenthalt am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung begonnen. Auch ihnen durften die Teilnehmer der von Herrn Professor Pitschas geleiteten Seminare in den letzten Sitzungen gespannt zuhören.

Jahrestagung des Transatlantic Policy Consortium



Der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Dr. R. Fisch ...

Vom 16. bis 18. Juni 2003 fand die Jahrestagung des „Transatlantic Policy Consortium“ (TPC) unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne und Prof. Dr. Ken Spencer, University of Birmingham, statt. Im Mittelpunkt der Konferenz standen transatlantische Perspektiven der Liberalisierung und des demokratischen Regierens. Die Tagung wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung und der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz durchgeführt. An der Veranstaltung nahmen ca. 50 Vertreter des TPC teil. Das TPC ist ein Netzwerk von jeweils rd. 20 europäischen und nordamerikanischen Universitäten und Forschungsinstituten auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung, Politik- und Wirtschaftswissenschaften.

Ziel war, Probleme der Globalisierung und demokratischen Legitimität unter besonderer Berücksichtigung der transatlantischen Beziehungen wissenschaftlich zu analysieren, um so gemeinsame Zukunftsperspektiven für die transatlantische Zusammenarbeit zu entwerfen. Dazu fanden Diskussionsforen zu „The Relationship of the State with Social and Economic Actors“, „Policy Development and Regulatory Challenges to the State“ und „The

Changing Nature of Democratic Institutions and Participation“ statt.

Die Diskussionen befassten sich u. a. mit Fragen des Welthandels, des internationalen Klimaschutzes, mit Demokratiedefiziten auf beiden Seiten des Atlantiks und mit der Rolle der Parlamente im zukünftigen Europa.

Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB, hielt einen Vortrag mit dem Titel „The Old and the New Europe: Alternatives for Future Transatlantic Relations?“. Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch sprach im Rahmen eines historischen Abends auf dem Hambacher Schloss über das „Hambacher Fest“ im Jahre 1832, auf dem die Weichen für ein demokratisches Deutschland und die Demokratie in Europa gestellt wurden.



... eröffnet das TPC

Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas hielt am ersten Tag der Veranstaltung einen Vortrag zum Thema „Distributional Constraints on E-Government and Democratic Deficits“ und legte am 18. Juni 2003 ein Papier mit dem Titel „Distributional Constraints on E-Government and Democratic Deficits“ vor.



Die Teilnehmer am Transatlantic Policy Consortium (TPC) an der DHV Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne (ganz rechts) Fotos: DHV

Besuch einer Delegation des Salzburger Landtages



Besuch des Kutscherhauses in der Speyerer Altstadt. Prof. Gebauer (2. v. l.), Rektor Fisch (3. v. l.)

Am 11. September 2003 besuchte eine Delegation des Landtages des österreichischen Bundeslandes Salzburg die DHV und das FÖV Speyer. Bereits seit Mitte der 60er Jahre pflegt der rheinland-pfälzische Landtag einen fruchtbaren Austausch mit diesem befreundeten österreichischen Parlament. Anlässlich der im Mai 2003 zwischen dem Landtag Rheinland-Pfalz einerseits und der DHV und FÖV Speyer andererseits abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung, stand der Besuch der österreichischen Besucher unter dem Thema „Die Zusammenarbeit von Verwaltungswissenschaften und Parlamenten“. Geleitet wurde die Delegation vom amtierenden Landtagspräsidenten des Landtages Salzburg, Herrn LSI Ing. Georg Griessner. Seitens der Hochschule begrüßte der Rektor Univ.-Professor Dr. R. Fisch die Besucher und informierte sie über die einzigartige Rechts- und Aufgabenstellung der DHV Speyer in der deutschen Hochschullandschaft. Anschaulich schilderte Prorektor Univ.-Professor Dr. Hill die praxisnahe wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung an der DHV Speyer und belegte gerade am Beispiel des „Co-Gastgebers“ Professor Dr. Gebauer die Fruchtbarkeit des wissenschaftlichen Austausches zwischen der Hochschule und der parlamentarischen Praxis. Gebauer nahm an dem Besuch sowohl als Direktor des rheinland-pfälzischen Landtages als auch in seiner Eigenschaft als Honorarprofessor der Hochschule teil. Er stehe damit beispielhaft für die gegenseitigen Bemühungen dieser Speyerer Wissenschaftseinrichtungen und dem Landtag, vom gegenseitigen Austausch in Theorie und Praxis zu profitieren. Für die österreichischen Besucher stellte an-

schließend Univ.-Professor Dr. Ziekow in seiner Eigenschaft als Direktor des Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung vor und verwies dabei auf die Vielzahl bedeutender Forschungsvorhaben im Bereich der Parlamentarismusforschung. Dies belegte nicht zuletzt hieran anschließend Univ.-Professor Dr. Dr. Merten durch seinen Vortrag „Zur Problematik der Umsetzung von EU-Richtlinien in den Bundesländern eines föderalen Bundesstaates“. Als ehemaliger Gastprofessor der Universität Salzburg konnte Merten den Besuchern mit seinem binationalen Fachwissen eine fundierte vergleichende Betrachtung dieser Thematik gewähren. Da Merten 1995 bis 1997 auch Mitglied der Reformkommission zur Größe des Bundestages war, bewies er in seiner Person daher einmal mehr den fruchtbaren Austausch von Verwaltungswissenschaften und Parlamenten in Speyer. Dieser war dann auch Inhalt der anschließenden Gesprächsrunde seitens der österreichischen Parlamentarier und ihrer deutschen Gastgeber. Landtagspräsident Griessner äußerte daher zur Verabschiedung die Hoffnung, dass sich auch der österreichische Parlamentarismus zukünftig in diesen Dialog ver-



Arbeitsatmosphäre im Senatsraum. Ganz hinten Rektor Fisch und die Univ.-Professoren Dres. Ziekow, Hill und Merten (v. r.)
Fotos: DHV

stärkt einbringen werde. Landtagsdirektor Dr. Gebauer wertete den Besuch als ein wichtiges Ereignis im Rahmen des gerade zwischen Hochschule und Landtag geschlossenen Kooperationsabkommens.

Arndt Schelenhaus

DSW-Fachtagung zum Ausländerstudium

In München fand vom 1. bis 2. Juli 2003 eine vom Deutschen Studentenwerk (DSW) organisierte Tagung zum Thema „Die Internationalisierung der Hochschulen als Motor für die Qualitätsentwicklung der Service- und Beratungsdienste – Erfolg durch Vernetzung: Anforderungen, Modelle, Perspektiven für Studentenwerke und akademische Auslandsämter“ statt. Die DHV Speyer wurde dabei von Herrn Laurency vertreten. Aufgrund der bei den meisten Teilnehmern vorherrschenden Unkenntnis über den Standort Speyers in der deutschen Hochschullandschaft bot diese Fachtagung auch eine günstige Gelegenheit, die besondere Situation, in der sich die DHV Speyer als eine Gemeinschaftseinrichtung von Bund und Ländern mit ihren Studiengängen einschließlich des Ausländerstudiums befindet, in Grundzügen vorzustellen. Kaum bekannt war bei den Teilnehmern, dass die in Speyer vorhandenen Studienangebote in jedem Semester auch von ca. 550 Rechtsreferendaren wahrgenommen werden, um den eher praxisorientierten Weg zum 2. juristischen Staatsexamen in verwaltungswissenschaftlicher Perspektive vertiefen zu können.

Nachdem die Tagung von der stellvertretenden Generalsekretärin des Deutschen Studentenwerks, Frau Andrea Hoops, eröffnet worden war, referierte zunächst die Referentin der Arbeitsstelle „Internationales Marketing für Bildung und Forschung“ beim DAAD, Dr. Lisette Andreae, über die Perspektiven der „Konzertierten Aktion“. Mit diesem Begriff wird eine gemeinsame Initiative des Bundesbildungsministeriums, des Auswärtigen Amtes, der Wissenschaftsministerien der Länder sowie verschiedener deutscher Bildungsinstitutionen (u. a. Goethe-Institut) und Verbände (DIHK, DGB, DST) beschrieben, in deren Rahmen die Gewinnung von qualifizierten ausländischen Studenten und Wissenschaftlern verbessert werden soll. Möglichkeiten zur gezielten Anwerbung der „richtigen ausländischen Studenten und Wissenschaftler“, so die Referentin, würden beispielsweise vom internationalen Konsortium für Hochschulmarketing GATE in Form von jährlich stattfindenden internationalen Hochschulmessen geschaffen, auf denen sich die einzelnen Hochschulen in ausgewählten Zielregionen gewinnbringend positionieren könnten. Tatsächlich sind mittlerweile knapp hundert

deutsche Hochschulen und Fachhochschulen diesem internationalen Marketing-Konsortium beigetreten, um auf den jährlich etwa fünfzehn, meist in Südostasien stattfindenden internationalen Hochschulmessen kostenlos Messestände organisieren und für die eigenen, dann natürlich gebührenpflichtigen Studiengänge („programmes“) werben zu können. Um bei der Vergabe der begehrten Messestände berücksichtigt zu werden, sei es jedoch von Vorteil, nicht nur die Werbemaßnahmen, sondern auch das Studienangebot englischsprachig zu gestalten, versicherte die Referentin des DAAD.

Während des zweiten Konferenztages nahm Herr Laurency an einer Arbeitsgemeinschaft zum Thema „Betreuung ausländischer Studierender im Beratungsverbund zwischen Hochschulleitung, Akademischem Auslandsamt, Studentenwerk, Ausländerbehörde und Studentenvertretung“ teil. Interessant gestaltete sich die Teilnahme an dieser AG insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Herstellung eines solchen Beratungsverbundes mittlerweile als „best-practice-Empfehlung“ der interministeriellen Arbeitsgruppe „Praktische Fragen des Gastaufenthalts von Wissenschaftlern und Studenten“ gilt. Ein Konsens bestand innerhalb dieser Arbeitsgemeinschaft dahingehend, dass sich mit einer Zusammenlegung der verschiedenen Ansprechpartner vor Ort zu einem „Schalter“ mit festen Öffnungszeiten für die Beratung ausländischer Studierender sowie mit „runden Tischen“, an denen alle beteiligten Stellen regelmäßig zusammenkommen, der organisatorische Studienablauf ausländischer Studierender optimieren ließe.

Im Laufe der Diskussion entstand auch ein Bild über die prekäre Situation, in denen sich viele ausländische Studierende insbesondere an den „Massenuniversitäten“ in Deutschland befinden. Vor allem betrifft dies die Studienfinanzierung sowie den erheblichen Mangel an Wohnräumen für die auf dem privaten Wohnungsmarkt erfahrungsgemäß schwer vermittelbaren Studierenden aus Staaten der „3. Welt“, die im Durchschnitt ein Zehntel der Studentenzahlen ausmachen. Auch die (finanziellen) Kapazitäten für eine persönliche Beratung und Betreuung ausländischer Studierender im Rahmen von Tutorenprogrammen oder Patenschaften sind oftmals sehr ge-

ring. So ist beispielsweise an der Universität München eine studentische Hilfskraft des Akademischen Auslandsamtes gleichzeitig für vier- bis fünfhundert ausländische Kommilitonen zuständig. Bei der Frage nach den Möglichkeiten zur Verbesserung der Studienbedingungen für ausländische Studierende wurden verschiedene Maßnahmen, darunter auch die Entwicklung eines „Spendenmarketings“ diskutiert. Der TU Darmstadt, die im Übrigen im Jahr 2002 den mit 5000 Euro dotierten Betreuerpreis des DAAD erhalten hatte, ist es beispielsweise gelungen, einen Teil der von Gerichten und Behörden eingetribenen Geldstrafen bzw. Bußgelder als Spenden zu akquirieren, mit denen schließlich ein Fonds für die Unterstützung notleidender ausländischer Studierender aufgefüllt werden konnte. Ein von Herrn Laurency vorgebrachter Vorschlag, an jeder deutschen Hochschule nach dem Vorbild der DHV Speyer ein Mitglied der Professorenschaft als Ombudsman für die ausländischen Studierenden einzusetzen, hat bei den Teilnehmern der AG großen Anklang gefunden,

zumal es diese Institution bislang an kaum einer anderen deutschen Universität gibt.

Sicherlich hat die DHV Speyer als die kleinste Universität Deutschlands trotz des Fehlens eines Studentenwerks naturgegebene Standortvorteile für eine effektive und effiziente Begleitung ausländischer Akademiker während ihres Studien- oder Forschungsaufenthaltes. Das Angebot an regelmäßig stattfindenden Nachkontaktseminaren der Hochschule im Ausland (wieder im Oktober 2003 in Südkorea) und von wissenschaftlichen Tagungen, an denen die Speyerer Austauschstudenten kostenlos teilnehmen können, eigene wissenschaftliche Tutorien für ausländische Studierende oder auch die Suche und die Vermittlung von Fachpraktika für die ausländischen Studierenden weisen jedoch auf Studienbedingungen an der DHV Speyer hin, die ansonsten kostenfrei nicht selbstverständlich sind und daher in der deutschen Hochschullandschaft Ausnahmecharakter besitzen.

P. Laurency

Jungdiplomaten informieren sich vor Ort über die DHV Speyer

Am 13. September 2003 besuchten 26 Attachés des Auswärtigen Amtes unter der Leitung des Ausbildungsleiters für den höheren Auswärtigen Dienst, Karlfried Berger, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und wurden dort von Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der Hochschule und von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch, Dr. Florence Gauzy sowie Margit Seckelmann empfangen. Im

Mittelpunkt des Informationsbesuchs stand die Vorstellung der Speyer Hochschule sowie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung. Die anschließende Diskussion bot den jungen Diplomaten viele Möglichkeiten, den interdisziplinären Charakter der DHV Speyer kennenzulernen. Im Anschluss an die Diskussion wurde Frau Dr. Gauzy vom Auswärtigen Amt zu einem Vortrag eingeladen.

Stippvisite aus Brasilien

Am 1. Juli 2003 besuchte Frau Sonia Pereira Laus, die Beauftragte für internationale Beziehungen der Universidade do Estado de Santa Catarina (UDESC) in Brasilien, die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Mit den Univ.-Professoren Dres. Sommermann und Ziekow sowie mit Dr. Strohm besprach Pereira Laus die Möglichkeiten einer Kooperation des verwaltungswissenschaftlichen Instituts der UDESC mit der DHV Speyer bzw. dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Ihr besonderes Interesse galt dabei den Bereichen „Regionalisierung“ und „Kommunalisierung“, die für die Bewältigung derzeit in Brasilien laufender Reformvorhaben von sehr großer Bedeutung sind.



Begrüßung der Attachés durch den Rektor

Foto: DHV

EU-Projekt koordinierung: Transatlantic Determinants of Europe's Role in Global Governance (TRADEROGG)

Am 22. August 2003 fand in Speyer unter der Leitung von Herrn Univ.-Professor Dr. Eberhard Bohne, M. A., ein internationales Task Force Treffen zur Vorbereitung eines Projektantrags unter dem 6. EU-Forschungsrahmenprogramm statt. Das Treffen wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung durchgeführt. Die Task Force war aus dem Transatlantic Policy Consortium hervorgegangen, welches im Juni 2003 in Speyer getagt hatte (siehe eigenen Beitrag in diesem SpeyerJournal). Die achtzehn Teilnehmer der Task Force kamen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden, Spanien sowie den Vereinigten Staaten. Neben Universitäten und

Forschungsinstitutionen waren auch Vertreter von Industrie und NGOs anwesend. Ziel des geplanten Projekts soll es sein, die transatlantischen Bestimmungsfaktoren für die Gestaltung globalen Regierens durch die Europäische Union zu analysieren. Die Teilnehmer einigten sich unter anderem auf eine Aufteilung des Projekts in vier Unterprojekte „EU Governance“, „International Environmental Regimes“, „International Trade and Standardization“ and „Global Corporate Governance and Citizenship“. Die Arbeit an dem Projektantrag soll unter Speyerer Leitung fortgesetzt werden. Abgabefrist für den Projektantrag ist der 10. Dezember 2003.

Ministerbesuch aus Burkina Faso

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH hat Univ.-Professor Dr. Rainer Pitschas für den Deutschlandbesuch des Ministers für Territorialverwaltung sowie Dezentralisierung von Burkina Faso und einer Delegation hochrangiger Verwaltungsangehöriger und Bürgermeister ein besonderes Speyer-Seminar veranstaltet. Dieses fand am 20. Mai 2003 statt.

Die Veranstaltung stand unter dem Thema „Der Öffentliche Dienst in Deutschland und die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer“. Mit einem Vortrag über „Der Öffentliche Dienst in Deutschland und das System der Aus-

und Weiterbildung für Angehörige des Öffentlichen Dienstes“ eröffnete Pitschas das Seminar.

Anschließend hielt Herr Patrick Laurency, M. A., Mag. rer. publ., einen Vortrag über „Aus-

Mit einer Präsentation der Hochschule und Bibliothek durch Herrn Dr. Klauspeter Strohm schloss der Besuch des Ministers und der Delegation an der Hochschule. Weitere Mitwirkende an der Veranstaltung waren Herr Dr. Aminolaye Joachim aus Burkina Faso (Doktorand an der DHV Speyer) sowie Herr Dr. Frédéric Kolié (derzeit im Forschungsaufenthalt an der Hochschule Speyer und Doktorand).

Die Gäste aus Afrika zeigten sich beeindruckt vom vielfältigen verwaltungswissenschaftlichen Studien- und Forschungsprogramm der Hochschule.



Univ.-Professor Dr. R. Pitschas empfängt die Delegation aus Burkina Faso
Foto: DHV

und Weiterbildung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Führungskräfteentwicklung für Angehörige des öffentlichen Dienstes aus den Staaten der Dritten Welt“.

Chinese-European-Public-Administration Programm

Die DHV Speyer hilft bei der Modernisierung der chinesischen Verwaltung

Zwar war nach umfangreichen Vorarbeiten und Vorbereitungskonferenzen bereits zu Beginn des Sommersemesters 2003 eine Förderungszusage aus Brüssel gekommen, jedoch verzögerte sich der Projektstart durch den SARS-Virus. Nun ist jedoch sicher: Die EU-Kommission wird im Rahmen ihres Chinese-European-Public-Administration Programm ein Kooperationsprojekt fördern, an dem außer der DHV Speyer, das European Institute of Public Administration (Niederlande), Altair Assesores (Spanien), die École National d'Administration (Frankreich), Formez (Italien) sowie der British Council und das Centre for Management and Policy Studies - Civil Service College Direktorate (beides Großbritannien) in einem gemeinsamen Konsortium beteiligt sind.

Die VR China unternimmt zur Zeit große Anstrengungen, sich wirtschaftlich neu in der Staatengemeinschaft zu positionieren. Mit einem Wirtschaftswachstum

von 7,8 % gehört seine Wirtschaft zu den am schnellsten wachsenden weltweit. Gleichzeitig mit der Einführung einer sozialistischen Marktwirtschaft be-



müht sich China um eine grundlegende Reform seiner öffentlichen Verwaltung. Schlagworte sind hier unter anderem die Reduzierung der Anzahl von Behörden und Dezentralisierung. Hierfür sind auf allen Ebenen qualifizierte Verwalter nötig, für die geeignete Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote eröffnet werden müssen. Genau hier setzt das nun bewilligte Förderprogramm an.

Das im Rahmen der Kooperationsmaßnahmen der Kommission zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens laufende Projekt zielt darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Reformen in der Volksrepublik China zu unterstützen. Mittel hierzu sollen sein die Modernisierung der Chinese National School of Administration (CNSA) und die Schaffung eines gegenseitigen Verständnisses der öffentlichen Verwaltungen der VR China und der EU-Mitgliedsstaaten. Erreicht werden soll dies durch ein ehrgeiziges Programm, das in den nächsten Jahren sowohl in China als auch in Europa durchgeführt werden soll. Es beinhaltet Spezialseminare zu chinesischen und europäischen Verwaltungsproblemen, die Einrichtung eines ‚Master of

Public Administration‘ Studiengangs an der CNSA und die Entwicklung eines für die VR China völlig neuartigen Weiterbildungsangebots für die Ausbilder im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig soll die zweijährige Verwaltungsausbildung an der CNSA den Anforderungen der neuen Zeit angepasst werden, wozu auch die Entwicklung neuer Personalauswahlkonzepte für den öffentlichen Dienst Chinas und der Aufbau eines chinesisch-europäischen Verwaltungsnetzwerks gehören werden.

Geplant sind zunächst gegenseitige Studienbesuche und Expertenmeetings zu Themen wie Bürgerbeteiligung, den Wechselbeziehungen zwischen Markt und Regierung, den Grundlagen rechtsstaatlicher Verwaltung und komparative Untersuchungen der verschiedenen Regierungsaufgaben in Europa und in China. Parallel dazu soll das Lehrangebot der CNSA ausgebaut und modernisiert werden. Im Mittelpunkt steht hier die Entwicklung neuartiger

Trainingsmodule zur Vermittlung modernster verwaltungswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie die Erarbeitung innovativer, auf die chinesischen Verhältnisse maßge-



schnneiderter Unterrichtsmaterialien. Themen sind hier unter anderem die Wechselbeziehungen von öffentlicher Verwaltung und Politik, Dezentralisierung, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Human Resource Management, Krisen- und Projektmanagement, E-Government und ‚Good Governance‘.

Die DHV Speyer ist für dieses Projekt hervorragend positioniert. Sie verfügt über einen reichen Erfahrungsschatz an gemeinsam mit Partnern aus der VR China durchgeführten Projekten, und sie konnte zuletzt im Rahmen der Kanzlerinitiative ‚deutsch-chinesischer rechtsstaatlicher Dialog‘ wichtige Hilfestellungen bei der Modernisierung des chinesischen Verwaltungsrechts leisten. Mit den Univ.-Professoren Dres. Bohne, Färber, R. Fisch, Klages, Magiera, Pitschas, Reiner mann, Siedentopf und Sommermann sowie mit PD Dr. Beck kann die DHV Speyer genau die Experten zur Verfügung stellen, die für einen erfolgreichen Abschluss dieses zukunftssträchtigen Gemeinschaftsprojektes benötigt werden.

Informationsbesuch aus Rumänien



Staatssekretär Dr. Ionel Flesariu (Mitte)

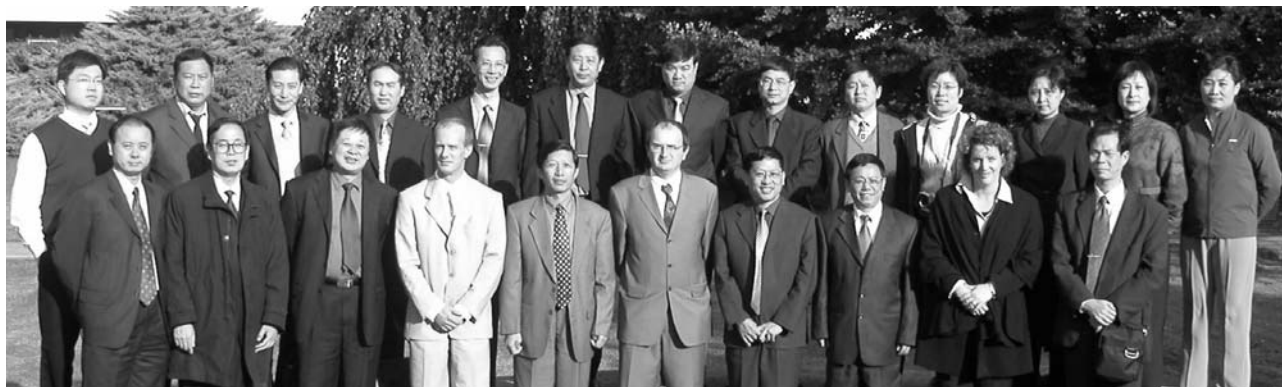
In Zusammenarbeit mit der Akademie des Deutschen Beamtenbundes fand am 22. Juli 2003 der Besuch einer Delegation aus Rumänien unter der Leitung von Dr. Ionel Flesariu, Staatssekretär im Ministerium für öffentliche Verwaltung, Bukarest/Rumänien, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer statt. Die wissenschaftliche Leitung des dafür erstellten Vortragsprogramms hatten die Univ.-Professoren Dres. Karl-Peter Sommermann und Rainer Pitschas von der DHV Speyer übernommen. Nach der Begrüßung durch Univ.-Professor Dr. Rudolf Fisch als Rektor der Hoch-

schule referierte Univ.-Professor Sommermann zum Thema „Kodifizierung des Verwaltungsverfahrensrechts“. „Staats- und Verwaltungsaufbau der Bundesrepublik Deutschland – insbesondere föderale und regionale Ordnung“ sowie „Aufbau und Modernisierung des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland“ lauteten die Titel der anschließenden Vorträge von Univ.-Professor Dr. Pitschas. Zu den jeweiligen Referaten fanden ergebnisreiche Diskussionen statt.



Veranstaltungseröffnung durch Univ.-Professor Dr. R. Fisch, Rektor der DHV Speyer
Fotos: DHV

Bilanz der Verwaltungsmodernisierung gezogen



Die chinesische Delegation zusammen mit Dr. Strohm, Herrn Schelenhaus und Frau Saatweber auf dem Campus Foto: DHV

20 hohe Verwaltungsbeamte aus Hangzhou in der Volksrepublik China besuchten am 10. Oktober 2003 die Hochschule, um sich über neue Entwicklungen in der Verwaltung zu informieren. Nach der Begrüßung durch den Rektor stand neben der Vorstellung des Common Assessment Framework (CAF) durch Frau Saatweber eine „Aufbereitung ausländischer Erfahrungen im Bereich des ‚electronic government‘ für die

deutschen Bundesländer“ durch Dr. von Lucke auf dem Besuchsprogramm. Von Lucke konnte die Besucher damit beeindruckend, dass er in seinen Vortrag den Internetauftritt ihrer Heimatstadt mit einbeziehen konnte und diesbezüglich nicht mit Lob zu sparen brauchte. Höhepunkt des Besuchs war jedoch der Vortrag von Univ.-Professor Dr. Dr. Klaus König, der für die chinesischen Gäste eine äußerst tiefgründige und

beeindruckende Bilanz der Verwaltungsmodernisierung in Deutschland und Europa zog und dabei seine umfassenden Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der VR China mit einbringen konnte. Auch zeigten sich die Gäste sehr interessiert an den Ausführungen von Dr. Strohm und Herrn Schelenhaus zur DHV Speyer als Ausbildungsstätte verwaltungswissenschaftlichen Nachwuchses.

Speyer vor Ort Europa-Spagat in Berlin

Die schon fast traditionelle Zusammenarbeit zwischen der Hochschule und der Landesvertretung Rheinland-Pfalz setzte sich auch im Jahr 2003 fort. Nach einem Symposium im März 2003 in Brüssel (SpeyerJournal Nr. 2, S. 36) fand in Kooperation mit dem Netzwerk Berlin, einem Zusammenschluss von jüngeren Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Verwaltung im Umfeld der Sozialdemokratie, turnusgemäß eine Veranstaltung in Berlin statt.

Hochkarätige Referenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien stellten sich unter dem Generalthema „Wie europafähig ist die Politik?“ den Fragen, wie unter der zunehmenden Europäisierung von Politik und Recht, dem Zuständigkeitsverlust nationaler Parlamente und der Stärkung der jeweiligen Regierungen selbstbewusste parlamentarische Kontrolle und Gestaltung sichergestellt werden könne und ob die Voraussetzung für eine erfolgreiche Vertretung deutscher und europäischer Interessen gegeben sei.

Nach der Eröffnung durch den Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, und Michael Roth, MdB und Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, schilderten der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Hans Martin Bury, und Haig Simonian, Chefkorrespondent der Financial Times Deutschland, die Probleme im „Europa-Spagat“ zwischen Interessenvertretung einerseits und den Forderungen einer „Good Governance“ andererseits.

Im Unterschied zu vorausgegangenen Veranstaltungen befassten sich Referenten und Audito-

rium in zwei von Martin Dörmann, MdB, und dem damaligen Amtschef der Landesvertretung, Martin Stadelmeier, moderierten Foren intensiv mit institutionellen und individuellen Aspekten der Europäisierung von Politik und Recht. Die Rolle der europäischen Parlamente zwischen Gestaltungsfrust und Integrationslust beleuchteten aus Sicht der Wissenschaft Univ.-Prof. Dr. Siegfried

Magiera von der DHV und Dr. Andreas Maurer, Forschungsinstitut Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin; seitens der Politik berichteten Michael Roth und Dr. Caspar Einem, als Vertreter des Nationalrates Österreich im EU-Konvent in doppelter Hinsicht betroffen, von ihren Erfahrungen.

Dass nicht nur die Politik - im zweiten Forum vertreten durch Kurt Bodewig, MdB und Stellvertreter der Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegenheiten der Eu-

ropäischen Union -, sondern auch die Wirtschaft das „harte Los der Autodidakten“ zu tragen hat, zeigte sich an den Ausführungen von Marie-Thérèse Huppertz, Director of Corporate Affairs EMEA, Microsoft, Brüssel. Wissenschaftliche Unterstützung bei der Beantwortung der Frage, wie individuelle Voraussetzungen gestärkt werden können, um in einer europäisierten Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich zu agieren, boten Dr. Christoph Bertram, Direktor des Forschungsinstituts Stiftung Wissenschaft und Politik, und Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Prorektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Diese und weitere Themen konnten beim anschließenden Empfang der Landesvertretung vertieft werden.

Monika John-Koch



Die Landesvertretung in Berlin
Foto: Reinhard Groener



Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung

Die 71. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung (Frühjahrstagung) hatte mit dem Thema „Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung“ und einem hochkarätigen Kreis von Referenten 150 Teilnehmer nach Speyer gelockt. Die Tagung fand vom 12.-14. März 2003 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Hans Herbert von Arnim und Univ.-Professor Dr. Karl-Peter Sommermann statt.

Die Gemeinwohlproblematik, die die Speyerer Hochschule bereits vor 35 Jahren in einer vielbeachteten Tagung behandelt hatte, hat in jüngerer Zeit wieder große Aktualität in Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Publizistik gewonnen. Der Reformstau, die Macht der Verbände und anderer „intermediärer Kräfte“, die drohende Verselbstständigung der „politischen Klasse“, Skandale und Fragen des politischen Systems, die Europäisierung und Globalisierung stellen das ewig junge Thema in ganz neue aktuelle Zusammenhänge. Die Anreicherung der herkömmlichen institutionellen Strukturen durch Beauftragte, Regulierungsbehörden, Agenturen und sonstige Gremien führen zu immer stärkerer Ausdifferenzierung der öffentlichen Gemeinwohlsorge, begründen aber auch eine Fragmentierung des Gemeinwohls und eine Diffusion der Verantwortung. Die zunehmende Einbeziehung Privater in die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben soll den Staat entlasten, seine Effizienz steigern und die Bürgergesellschaft stärken, sie wirft aber auch neue Legitimationsprobleme auf, namentlich wenn sachverständige oder korporatistische Gremien maßgeblichen Einfluss auf die Gemeinwohlkonkretisierung gewinnen. Zugleich macht die Verlagerung von Zuständigkeiten auf die europäische oder globale Ebene es den nationalen Parlamenten und Regierungen immer schwerer, ihrer Verantwortung noch gerecht zu werden. Daher müssen neue Verfahren und Formen der Gemeinwohlkoordinierung entwickelt werden, die zugleich der demokratisch-rechtsstaatlichen Forderung einer klaren Verantwortungszurechnung genügen.

Die Tagung ging diesen (und weiteren) Fragen in vier Themenkreisen nach: Renaissance des Gemeinwohlgedankens in der Gegenwart, institutionelle Voraussetzungen der Gemeinwohlverwirklichung, Probleme des Gemeinwohls im Mehrebenensystem sowie neue Wege der Gemeinwohlverwirklichung.

Nach der Begrüßung durch den Rektor der Hochschule und einem einführenden Referat zur Thematik von Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann eröffnete Bundespräsident a. D. Prof. Dr. Roman Her-

zog die Tagung mit einem Vortrag zum Thema „Pluralistische Gesellschaft und staatliche Gemeinwohlsorge“ und nahm darin zum Verhältnis zwischen einer sich zunehmend atomisierenden Gesellschaft ohne einen gemeinsamen Wertekanon und zunehmendem Egoismus des Einzelnen und der immer schwieriger umzusetzenden Ausgleichsfunktion des Sozialstaats Stellung. Herzog beklagte die Unverständlichkeit steuerlicher und sozialstaatlicher Regelungen und merkte an, dass der Unterschied zwischen Erwerbseinkommen und Einkünften aus Sozialleistungen, z. B. aus Sozialhilfe, wieder größer werden müsse.

Danach referierte Prof. Dr. Stefan Fisch über den „Wandel des Gemeinwohlverständnisses in der Geschichte“, wobei er das Verständnis des Gemeinwohlbegriffs in den Epochen der Antike, des Mittelalters, der frühen Neuzeit, des Absolutismus und der heutigen Zeit, mit einem eher verfahrensorientierten Gemeinwohlbegriff darstellte und die verschiedenen Auffassungen miteinander verglich.

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim schloss mit seinem Vortrag über das „Gemeinwohl im modernen Verfassungsstaat“ an, in dem er vor allem das Verhältnis zwischen Staatsbürgern und Parteien und deren mangelnder Fähigkeit zur Lösung dringender politischer und gesellschaftlicher Probleme im politischen System der Bundesrepublik Deutschland beleuchtete. Die mangelnde Problemlösungsfähigkeit der Parteien resultierte vor allem aus Kartellierungstendenzen im Parteiensystem, Eigeninteressen der Politiker und anderen institutionellen Problemen, wie z. B. der Politikverflechtung des bundesdeutschen Föderalismus.

Die Institutionenfrage griff auch Prof. Dr. Josef Isensee in seinem Referat über „Gemeinwohlkonkretisierung im Zusammenspiel von Parlament, Regierung und Verfassungsgericht“ auf. Ausgehend von Gedanken über den Gemeinwohlbegriff prüfte der Referent, ob und in welchen Verfahren der Staat und seine Institutionen Gemeinwohl umsetzen. Auch Staatspraxis, die nach seiner Auffassung im Widerspruch zum Gemeinwohl stünde, erwähnte der Referent.

Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg stellte die Frage, ob in den westlichen Demokratien „Gemeinwohl durch politischen Wettbewerb“ verwirklicht würde. Kielmansegg konzentrierte seine Betrachtung auf Fragen des Parteienwettbewerbs. Entscheidend sei, dass durch den Parteienwettbewerb eine Herrschaft auf Zeit geschaffen würde, dass Regierungen also

abwählbar seien. Wettbewerbsbeschränkungen entstünden durch Kartellbildungen der Parteien in einigen Politikfeldern, in denen sie gemeinsame Interessen hätten. Ein Zuviel an politischem Wettbewerb, etwa durch häufige Wahlen, schränke andererseits die Problemlösungskompetenz der Parteien ein, weil man durch die Thematisierung umstrittener Fragestellungen befürchte, Wählerstimmen zu verlieren. Probleme blieben so ungelöst und Lasten würden auf die Zukunft abgewälzt.

Prof. Dr. Gregor Thüsing referierte über „Gemeinwohl, Tarifautonomie und Arbeitsmarktverfassung“ und ging hierbei besonders auf das Verhältnis zwischen den Tarifparteien, der Politik und der Rechtsprechung ein. Die tariflichen Auseinandersetzungen seien einerseits gemeinwohlorientiert, andererseits könnten die Aushandlungsrituale auch gemeinwohlschädliche Auswirkungen haben.

Prof. Dr. Gerhard Lehbruch griff eine Thematik auf, die schon Hans Herbert von Arnim in seinem Referat angesprochen hatte, die Frage der Beziehung zwischen „Gemeinwohl und kooperativem Föderalismus“. Lehbruch betonte die Pfadabhängigkeit des bundesdeutschen Föderalismus, ging also auf die Entwicklung föderalistischer Strukturen in der deutschen Geschichte ein und fragte nach Veränderungsmöglichkeiten des gegenwärtigen Systems. Im Ergebnis ging er davon aus, dass es bei einem kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik bleiben würde. In Krisensituationen würden bestehende Strukturen eher zementiert als verändert.

Prof. Dr. Sommermann bezog in seinem Beitrag die europäische Ebene in die Gemeinwohldiskussion der Tagung ein. Mit der zunehmenden Bedeutung der Europäischen Union und dem zunehmenden Hineinwirken europäischer Politiken in nationalstaatliche Politikfelder müsse auch auf europäischer Ebene Gemeinwohl herausgebildet werden. Derzeit sei neben Strukturproblemen, wie etwa den intransparenten Entscheidungsverfahren und unklaren Verantwortlichkeiten auch die Verselbständigung der EU-Institutionen und deren Bürgerferne zu beklagen. In letzter Zeit sei die Kommunikation der Union mit ihren Bürgern, etwa über das Internet besser, und einige Entscheidungsprozesse transparenter geworden. Dennoch gäbe es noch erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten.

Prof. Dr. Hans-Georg Wehling untersuchte in seinem Referat über „Spielräume kommunaler Gemeinwohlsorge“ die kommunale Ebene vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden finanziellen Situation auf der einen Seite und der Kommunalverfassungsreform der neunziger Jahre auf der anderen Seite und forderte eine Stärkung der finan-

ziellen Selbständigkeit der Gemeinden, etwa durch die Einführung von Hebesätzen auf die Einkommensteuer. Das würde bei den Gemeindebürgern zu einem stärkeren Verantwortungsgefühl auch für kommunale Ausgaben und kommunale Projekte führen.

Mit neuen Wegen der Gemeinwohlverwirklichung beschäftigten sich die Referate von Prof. Dr. Charles B. Blankart über „Gemeinwohl durch direkte Demokratie und andere Formen unmittelbarer Bürgermitwirkung“ und von Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert über „Möglichkeiten und Grenzen der Privatisierung von Gemeinwohl“. Blankart entkräftete die wichtigsten Gegenargumente gegen direkt demokratische Entscheidungsmechanismen und befürwortete im Ergebnis eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direkt demokratische Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes. Das verhindere Entscheidungen der Politik, die zu sehr vom Willen des Volkes abwichen. Schuppert ging in einem historischen Überblick auf den Begriff und Inhalt des Gemeinwohls in verschiedenen Staatstypen ein. Im demokratischen Verfassungsstaat machte er neben dem Staat auch unabhängige Institutionen, wie Verfassungsgerichte, unabhängige Zentralbanken, NGO's und den mündigen Bürger als Hüter, Wächter oder Anwälte des Gemeinwohls aus. Es gäbe schon länger die Tendenz, durch die zunehmende Beteiligung außerstaatlicher Akteure an staatlichen Verfahren gemeinwohlorientierte Politik erreichen zu wollen. Derzeit gehe es um eine zunehmende Verrechtlichung der bereits bestehenden kooperativen Strukturen.

An der abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung vor den Herausforderungen der Globalisierung“, die einen der Höhepunkte der Tagung ausmachte, nahmen, unter der Moderation von Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim Prof. Dr. Winfried Brugger, Bundesminister a. D. Heiner Geißler, Prof. Dr. Marga Pröhl und Prof. Dr. Michael Zürn teil.

Die Vorträge der Referenten, die durchweg auf große Resonanz unter den Teilnehmern stießen, und die Diskussionsberichte werden in einem Tagungsband dokumentiert, der Ende 2003 bei Duncker & Humblot erscheinen wird.

Konsolidieren – aber wie?

Notizen zur Tagung „Aufgabenkritik, Privatisierung und Neue Verwaltungssteuerung“

Die Finanznot in den Kommunen, Haushaltssperren und neue Schulden in Bund und Ländern bestimmen tagtäglich die Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen; Lösungen sind scheinbar nicht in Sicht. Doch existieren strategische Ansätze zur Entlastung öffentlicher Haushalte bei gleichzeitiger Sicherung einer nachhaltigen öffentlichen Aufgabenerfüllung, die schlagwortartig mit Aufgabenkritik, Privatisierung und betriebswirtschaftlich ausgerichteten Steuerungsinstrumenten umschrieben werden können.

Diese Strategiekonzepte darzustellen und zu diskutieren, war Anliegen der Tagung „Aufgabenkritik, Privatisierung und Neue Verwaltungssteuerung“, die auf Anregung des Verwaltungsrates der Hochschule kurzfristig in das Fortbildungsprogramm aufgenommen wurde und vom 2. bis 4. April 2003 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill stattfand. Wie stark diese Themen Politik und Verwaltung beschäftigen, zeigte sich an der Teilnehmerzahl: Mehr als 150 Vertreter aus Bund, allen Ländern und der Kommunalverwaltung wollten sich über Aufgabenkritik als Basis einer potentiellen Aufgabenverlagerung bzw. Aufgabenreduzierung, über Privatisierungspotentiale, über Chancen und Risiken einer Kooperation von öffentlichem und privatem Sektor sowie über Instrumente und Umsetzungsstrategien einer Neuen Verwaltungssteuerung informieren.

Mit wissenschaftlicher Unterstützung hat das Innenministerium Brandenburg eine Handreichung entwickelt, um vorhandene Gestaltungsspielräume für eine strategische Aufgabenkritik und Aufgabenplanung zu verdeutlichen. Der Aussage Volker-Gerd Westphals von der Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung, notwendig sei die Entwicklung von vollziehbaren Vorschlägen für eine Aufgabenreduzierung, teilten auch die Ko-Referenten. So plädierte Dr. Götz Konzendorf, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, für einen pragmatischen Ansatz, da zeitliche und personelle Ressourcen, aber auch die Tendenz von Organisationen, Zuständigkeitsbereiche zu verteidigen bzw. zu vergrößern, eine systematische und strategische Aufgabenkritik erschweren. Das von Peter Grabowski, Innenministerium Niedersachsen, in die Diskussion gebrachte Potential von 70 % der Aufgaben, die verlagert oder reduziert werden könnten, verdeutlichte die Möglichkeiten, die mit der aufgabenkritischen Durchleuchtung der Verwaltung verbunden sind.

Dass auch die Privatisierung nachhaltig Wirkung zeige, unterstrichen Hilmar Demuth, Innenministe-

rium Sachsen-Anhalt, sowie Frieder Jooß vom Bayerischen Finanzministerium. Doch habe der Grundsatz „Nicht besitzen, sondern gestalten“ in Bayern zwar weitreichende Privatisierungen ermöglicht, gleichzeitig aber als Ausdruck einer politischen Gestaltungsaufgabe auch zu Beteiligungen an Unternehmen als Instrumente der Wirtschafts- und Standortförderung geführt. Als Alternative zur Privatisierung kommen aber auch Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen z. B. bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten in Betracht. Dies sei ein Weg, so Angelika Weihnacht von der „PPP-Task-Force“ im Finanzministerium Nordrhein-Westfalen, um den erheblichen Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, nicht zuletzt beim Bau von Haftanstalten, im Land abzubauen, ohne die Verantwortung für die Aufgabe aus der Hand zu geben. Jedoch bergen Privatisierungen und Beteiligungen auch Risiken, da mit steigendem Verselbständigungsgrad die Steuerbarkeit von Organisationen abnimmt. Welche Möglichkeiten einer Steuerung sich für die öffentliche Hand anbieten und wie diese die Beteiligungssteuerung effektiv organisieren kann, zeigte Rolf Prigge, Institut Arbeit und Wirtschaft/Universität Bremen am Beispiel der Stadtstaaten. Einen Schritt weiter ging Prof. Dr. Gunnar Schwarting vom Städtetag Rheinland-Pfalz mit der Notwendigkeit eines Risikomanagements für den öffentlichen Sektor, um Finanz- und Haushaltsrisiken frühzeitig erkennen und entsprechend gegensteuern zu können – ein für die deutsche Diskussion relativ neues Thema.

Den Stand der Umsetzung der neuen Verwaltungssteuerung auf Landesebene präsentierten abschließend Heinz Noe, Hessisches Finanzministerium, Thomas Bögelein, Finanzministerium Baden-Württemberg und Henning Lühr vom Senator für Finanzen, Bremen. Insbesondere Hessen hat sich mit der schrittweisen Einführung von Produkt- und Programmbudgeten in der gesamten Landesverwaltung bis spätestens 2008 ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Schwierig gestaltete sich jedoch – wie auch bei der Aufgabenkritik – der intensive Personaleinsatz, hohe Kosten der Einführung sowie z. T. fehlende Akzeptanz, die sich nach Aussage von Noe mit Beharrungstendenzen aber auch mit Informationsdefiziten erklären ließe. Mit einem anderen Problem hat Baden-Württemberg zu kämpfen: Die geplante Integration von Sonderbehörden in die Regierungspräsidien bzw. Landratsämter erfordere im konzeptionellen Bereich der Neuen Steuerungs-

instrumente Anpassungen an den Zielen der Neuen Steuerung an sich, insbesondere an der betriebswirtschaftlich orientierten Philosophie, solle aber nicht gerüttelt werden, wie Bögelein betonte.

Um Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich auch weiterhin über Themen der Tagung zu informieren und Anregungen für eine nachhaltige Konsolidierungspolitik zu erhalten, wurde im Internet ein Angebot zu Fragen der Aufgabenkritik, Privatisierung und Neuen Steuerung bereitgestellt, das

über Projekte in Bund und Ländern berichtet und einschlägige Literatur, Glossare sowie ein Diskussionsforum bereithält:

www.dhv-speyer.de/hill/Aufgabenkritik.htm.

Zudem werden die Beiträge und Diskussionen der Veranstaltung in einem Tagungsband veröffentlicht.

Monika John-Koch

2. CAF-Anwendertagung und Schulung

Auf dem Weg zu kontinuierlicher Verbesserung der Verwaltungsleistung durch Selbstbewertung



3. und 4. Dezember 2003, DHV Speyer

Das Common Assessment Framework (CAF) ist ein standardisiertes Verfahren zur Selbstbewertung öffentlicher Verwaltungen im Hinblick auf die Qualität der Leistungserstellung und die Qualität der Ergebnisse. Auf Initiative der für den öffentlichen Dienst zuständigen Generaldirektoren der EU-Mitgliedstaaten hat die sogenannte Innovative Public Service Group (IPSG), bestehend aus Vertretern der für die Implementierung des CAF zuständigen Fachbehörden, 2002 eine Modifizierung des CAF vorgenommen. Im Oktober 2002 wurde diese Neufassung des CAF auf der 2. Europäischen Qualitätskonferenz in Kopenhagen vorgestellt. Das Deutsche CAF Zentrum in Speyer, durch das Bundesministerium des Innern mit der Implementierung des Selbstbewertungsinstruments betraut, war maßgeblich an der Überarbeitung beteiligt. Diese neue Version basiert unter anderem auf den in Deutschland bei der Einführung und Anwendung der ersten Version des CAF gesammelten Erfahrungen. Über 40 deutsche Verwaltungen haben sich bereits einer Selbstbewertung mit dem Instrument CAF unterzogen. Rückmeldungen der Anwender bestätigen, dass die Selbstbewertung nach CAF einfach handhabbar ist und mit dem CAF den öffentlichen Verwaltungen ein Instrument an die Hand gegeben wurde, das sie dabei unterstützt, Qualitätsmanagementmethoden zur Leistungs- und Effizienzsteigerung zu nutzen.

Die Anwenderkonferenz wird den am CAF-Netzwerk teilnehmenden Verwaltungen ebenso wie Interessierten Gelegenheit bieten, über Ihre Erfahrungen bei der Anwendung des Selbstbewertungsinstruments CAF zu berichten und sich mit anderen Verwaltungen auszutauschen. Auch soll der Frage nachgegangen werden, ob die Anwendung des Selbstbewertungsinstruments CAF den Einstieg in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess ermöglicht hat. Das weitere Vorgehen

nach einer CAF-Bewertung und Umsetzungsstrategien der CAF-Anwender sollen diskutiert werden.

Bereits am 3. Dezember bietet die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer eine CAF Schulung an. In einer kurzen Einführung wird die Entstehung und Entwicklung des Gemeinsamen Europäischen Qualitätsbewertungssystems CAF vorgestellt. Im Anschluss werden die einzelnen Schritte des Anwendungsverfahrens erläutert. So erfahren die zukünftigen CAF-Anwender z. B. wie die Bewertungsgruppe idealer Weise zusammen gesetzt sein sollte, was bei der Durchführung und Auswertung der Selbstbewertung zu beachten ist und welche Umsetzungsschritte nach der CAF-Anwendung unternommen werden sollten.

Die Teilnahmegebühr für die Schulung beträgt 30 Euro, der Beitrag für die Anwendertagung beträgt 70 Euro. Sie können sich für beide Veranstaltungen per E-Mail unter tagungssekretariat@dhv-speyer.de oder direkt auf den Internetseiten der Hochschule (www.dhv-speyer.de/Weiterbildung/suche.htm) anmelden.

DEUTSCHES CAF ZENTRUM
Deutsche Hochschule für
Verwaltungswissenschaften Speyer
Freiherr-vom-Stein-Str. 2
D- 67346 Speyer

Vera Silke Saatweber
Tel: ++49-6232-654 288
E-Mail: saatweber@dhv-speyer.de
www.caf-netzwerk.de

Handeln in komplexen politisch-administrativen Entscheidungslagen

Ausgewählte Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung übten sich vom 2. bis zum 5. September 2003 an der DHV Speyer im Umgang mit komplexen Entscheidungslagen. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Rektor der DHV Speyer, und Univ.-Prof. Dr. Siegfried Streufert von der Pennsylvania State University führten hierzu eine Computersimulation durch, in der Behörden-, Abteilungs- und Referatsleiter am Beispiel eines herunterge-



Virtuelles Regieren durch einen Gouverneursrat Foto: DHV

wirtschafteten, politisch instabilen Kleinstaats die hohe Kunst des effizienten Regierens erlernten.

Die Teilnehmer an der Simulation standen dabei gemeinsam vor einer extremen Aufgabe: Unter hohem Druck, mit begrenzten Ressourcen und Informationen sowie in einer turbulenten Umwelt mussten sie in einem virtuellen Gouverneursrat strategisch planen und entscheiden, um die Weichen für eine bessere Zukunft ihres Inselreiches zu stellen. Diese fiktive Aufgabe ist exemplarisch für komplexe, politisch-administrative Entscheidungslagen, die den Verantwortlichen außergewöhnliche Leistungen im Bereich des Denkens und Problemlösens abfordern. Situationen, in denen man leicht an persönliche Grenzen stößt, lassen wenig Raum zum Nachdenken über das eigene Tun.

Das Seminar verfolgte das Ziel, das Handeln in extremen Entscheidungssituationen zu analysieren, zu reflektieren und auf dieser Grundlage Strategien der Aufgabenbewältigung zu entwerfen. Die gemeinsamen Erfahrungen in dieser real erlebten Situation dienten als Ausgangspunkt für Analysen und Ergebnisbewertungen. Wichtiges Medium der Reflexion war das strukturierte Gespräch und der Erfahrungsaustausch.

Patentverwertung in Wissenschaft und Wirtschaft nach Wegfall des Hochschullehrerprivilegs

Gemeinsame Tagung von DHV Speyer und ZWM

Am 8. und 9. September 2003 fand die Tagung „Patentverwertung in Wissenschaft und Wirtschaft nach Wegfall des Hochschullehrerprivilegs“ in Speyer statt, die gemeinsam von DHV Speyer und dem Zentrum für Wissenschaftsmanagement (ZWM) organisiert wurde. Sie stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Rudolf Fisch, dem Rektor der DHV Speyer, und von Professor Dr. Hellmut Wagner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des ZWM.

Die Tagung fand hohe Akzeptanz bei den beteiligten Kreisen, insbesondere bei den Hochschulen, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, den Patentverwertungsagenturen und nicht zuletzt bei der Industrie. Nahezu 200 Teilnehmer,

zum großen Teil aus der Leitungsebene der Ministerialbehörden des Bundes und verschiedener Länder, der Hochschulen, von außeruniversitären For-

schungseinrichtungen und Industrieunternehmen und den Geschäftsführungen der Patentverwertungsagenturen berichteten in Vorträgen und Diskussionsbeiträgen über ihre Erfahrungen mit der gesetzlichen Neuregelung des Hochschullehrerprivilegs.

Die Novellierung des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen

Am 7. Februar 2002 traten die Änderungen

der §§ 42 und 43 des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen (ArbEG) in Kraft. Zuvor war galt, dass die Erfindungen von Professoren, Dozenten



Professor Dr. H. Wagner vom ZWM beim Eröffnungsreferat

und Wissenschaftlichen Assistenten an wissenschaftlichen Hochschulen frei sind. Der betreffende Personenkreis konnte daher selbst über die Patentierung und Verwertung seiner Erfindungen entscheiden. Er war Inhaber der angemeldeten Patente, konnte Lizenzverträge abschließen und frei über die Einnahmen aus den Erfindungen verfügen. Nun sind die Erfindungen aller Beschäftigten an Hochschulen den Regelungen des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen unterworfen. Jedoch gilt eine Sonderregelung, nach der Erfindungen an Hochschulen grundsätzlich dem Dienstherrn zu melden sind, der frei entscheiden kann, ob das Recht an der Erfindung auf ihn übergeleitet oder freigegeben wird.

Ziel der Tagung

In seiner Einführung verdeutlichte Prof. Dr. Hellmut Wagner die Erwartungen an die Tagung. Die zentrale Frage lautet: „Wird die Änderung des Arbeit-

nehmererfindergesetzes ein Mehr an Patentverwertung und ein Mehr an Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft und der deutschen Wirtschaft bringen?“ Die Gesetzesnovellierung soll die Voraussetzung schaffen, an den Hochschulen ein Patent- und Verwertungswesen langfristig einzurichten, das sich im Laufe der Zeit immer mehr aus den Verwertungserlösen selbst finanziert. Die Akteure des Patentverwertungssystems in Wissenschaft und Wirtschaft sind aufgerufen, in ihren Vorträgen und in Diskussionsbeiträgen eine erste Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen. Von besonderem Interesse ist, ob durch die Novellierung sich selbst tragende Verwertungsinstitutionen geschaffen werden können und ob durch sie Erfindungen und Know-how von Hochschulangehörigen schneller, besser und wirkungsvoller verwertet werden können, als dies unter der alten Regelung möglich war.

Die Sicht des Bundesgesetzgebers und der Ministerien von Bund und Ländern

Ministerialdirigent Josef Mentges aus dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz erinnerte daran, dass eine der Aufgaben der Hochschulen darin besteht, ihr Wissen und ihre Erkenntnisse an die Wirtschaft zu übertragen. Diese Aufgabe wird

durch die Neufassung des § 42 ArbEG und die Neugründung und Anschubfinanzierung von hochschulnahen Patentverwertungsagenturen wesentlich gefördert. Ministerialrat Dr. Hans Schroeder vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur gab einen historischen Abriss der Verwertung von Hochschulerfindungen vor der Novellierung des Arbeitnehmererfindergesetzes und verließ seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Verwertungsinitiative trotz der prekären finanziellen Situation von Bund und Ländern mit Bundes- und

Landesmitteln weiter gefördert werden kann.

Ministerialrat Günter Reiner aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erläuterte die Struktur des neuen § 42 ArbEG und die Ziele des Bundes, die mit der Novellierung verfolgt wurden. Bereits jetzt - nach 18 Monaten - wurde erreicht, dass Patente und deren Verwertung zu



Tagungsöffnung in der vollbesetzten Aula durch den Rektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. R. Fisch

Themen der Hochschulen geworden sind und dass sich starke Impulse für den Technologietransfer herausgebildet haben. Die anfängliche Skepsis der Wirtschaft ist einer pragmatischen Haltung gewichen. Defizite bestehen noch in der Qualifikation und Verwertungsaktivität einzelner Patentverwertungsagenturen. Ministerialdirektor Dr. Peter Krause aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung verwies ebenfalls auf den hohen Stellenwert, den die Verwertung von Patenten einnimmt. Das Ministerium für Bildung und Forschung ist bestrebt, in den nächsten drei oder vier Jahren durch eine Sockelfinanzierung für alle Patentverwertungsagenturen einzurichten.

Die Sicht der Hochschulen

Ass. jur. Dipl.-Volkswirt Thomas A. H. Schöck berichtete über die Erfahrungen, die die Hochschulen seit der Novellierung des § 42 ArbEG gewonnen haben. Probleme ergeben sich aus seiner Sicht in der Praxis hauptsächlich bei Vertragsverhandlungen mit der Industrie. Kontraproduktiv wirken die Förderbedingungen des Bundes bei Unteraufträgen, die eine unentgeltliche Überlassung von Erfindungen vorsehen, und die vehement vertretene Auffassung einzelner Firmen, dass bei Forschungs- und Entwicklungsaufträgen die dabei entstehenden Erfindungen in das Eigentum der Firma überzulei-



Auch in den Pausen viele interessante Gespräche Fotos: DHV

ten sind. Die Beteiligung der Hochschulen an neu entstehenden Firmen, die Hochschulerfindungen nutzen, muss erleichtert werden.

Die Sicht von Institutionen, die sich mit der Verwertung von Wissen befassen

Dr. Meister berichtete für den Beratungsbereich Technologie- und Innovationsmanagement (TIM) von Artur D. Little über verschiedene Patentverwertungsorganisationen im europäischen Ausland und analysierte deren strategische und operative Maßnahmen. Von besonderer Bedeutung sind für ihn die Schwerpunkte bei der Erschließung und Nutzung neuer, innovativer Technologien und der Weiterentwicklung des traditionellen Innovationsansatzes im Hinblick auf Innovation im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Prof. Dr. Dr. h.c. Johann Löhn analysierte die Strategien, die die Steinbeis-Stiftung zu einem erfolgreichen und effizienten Transfernetzwerk gemacht haben. Er gab den bestehenden Patentverwertungsagenturen den Rat, den Technologietransfer aus dem Blickwinkel der Quelle (den Forschungseinrichtungen), des potentiellen Empfängers (der Industrie) und des Verwertungsprozesses zu betrachten.

Dr. Helmut Thamer berichtete über die Erfahrungen, die er als Geschäftsführer der TuTech beim Technologietransfer an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sammeln konnte. Die Novellierung des Arbeitnehmererfindergesetzes begrüßte er, weil dadurch die Verwertungsmöglichkeiten von Hochschulwissen ausgeweitet und die Bedingungen für privatwirtschaftliche Verwertungsagenturen verbessert würden.

Priv.-Doz. Dr. Heribert Bohlen befürwortete aus der Sicht eines sogenannten „Start-up“-Unternehmens die Novellierung ausdrücklich; sie geht ihm jedoch nicht weit genug. Vielmehr plädiert er für eine völlige Privatisierung aller Strukturen zur Verwertung von Hochschulwissen.

Die Sicht eines betroffenen Hochschullehrers Prof. Dr. Achim Enders von der TU Braunschweig bezog aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen als Erfinder dezidiert Stellung gegen die Novellierung des § 42. Er ist der Überzeugung, dass durch die Neuregelung lediglich zusätzliche bürokratische Hindernisse geschaffen worden sind. Die Erfindungen müssen zwingend durch die Erfinder vermarktet werden, da nur die Erfinder ein unmittelbares Eigeninteresse am Erfolg der Erfindungen haben und nur sie kompetente Gesprächspartner für die Wirtschaft sein können.

Die Sicht der Industrie

Dipl.-Ing. (FH) Manfred Dausch befürwortete aus der Sicht eines mittelständischen Unternehmens die Novellierung des § 42 und gab seiner Erwartung Ausdruck, dass sich die Patentverwertungsagenturen zu kompetenten, schnell reagierenden und auf die Bedürfnisse der Industrie eingehenden Organisationen entwickeln. Patentanwalt Gerhard Bauer erläuterte das hohe Interesse der Industrie, dass die Ergebnisse der externen Entwicklungsaufträge an staatliche Forschungseinrichtungen in gleicher Weise dem Industrieunternehmen zustehen wie die selbst erarbeiteten.

Zusammenfassung

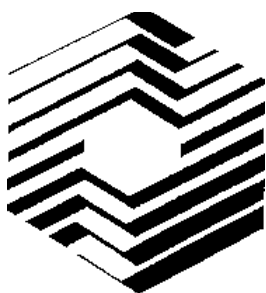
Prof. Wagner fasste den Verlauf der Tagung in einigen Schlussbemerkungen zusammen. Die Tagung hat gezeigt, dass die Mehrheit der Vortragenden die Vorteile der Novellierung hervorhoben. Sie bietet Freiräume für Hochschulen, die bisher nicht genutzt werden konnten. Die Novellierung hat vor allem die Bedeutung des Patentwesens und der Wissensvermarktung im Bewusstsein der Hochschulen hervorgehoben. In der Zwischenzeit ist auch die Zahl der Patente neben der Zahl der Veröffentlichungen zu einem Qualitätsmerkmal der Hochschulforschung geworden. Allerdings könnte die Gefahr bestehen, dass sich zusätzliche Verwertungsstrukturen hemmend auf den Wissenstransfer auswirken. Erforderlich sind Patentierungsstrategien, das Ausschöpfen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und das Schaffen von Anreizen bei der Wissensverwertung. Wagner appellierte an die Ministerien, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Autonomie der Hochschulen und die Eigenverantwortung, auch im Personal- und Finanzbereich, fördern. Die Hochschulen rief er auf, Patentierungsstrategien zu entwickeln.

Den Marschallstab im Tornister Abschlussveranstaltung zum V. Führungskolleg Speyer



Frohe Gesichter bei den Absolventen des V. Führungskollegs Speyer und dessen wissenschaftlichen Leiter, Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch (ganz rechts)

Mit einer Festveranstaltung wurden am 4. Juli 2003 die 20 Kollegiatinnen und Kollegiaten des fünften Führungskollegs Speyer verabschiedet. In den vergangenen 30 Monaten haben sie in insgesamt 16 Kurswochen erfolgreich an dieser berufsbegleitenden Fortbildung für ausgewählte



Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung teilgenommen. Zuvor mussten sie sich in ihren Ländern einem harten Auswahlverfahren unterziehen.

„Viele fühlen sich zum Speyerer Führungskolleg berufen, aber nur wenige werden dazu auserkoren“, stellte Staatssekretär Göttrik Wewer vom Bundesinnenministerium in seiner Ansprache fest. Wewer führte weiter aus, dass die FKS Absolventen hinsichtlich ihrer beruflichen Karriere alle den „Marschallstab im Tornister“ mit sich trügen, wie es das Beispiel seiner Amtsvorgängerin, der jetzigen Bundesjustizministerin Brigitta Zypries, zeige.

Der Staatssekretär würdigte das seit 1991 als besondere Fortbildungseinrichtung bei der DHV Speyer bestehende Führungskolleg als absolutes Highlight der Führungskräfteweiterbildung in

der Bundesrepublik, an dem insbesondere Zukunftsfähigkeit vermittelt werde. Das fächerübergreifende Weiterbildungsprogramm des Führungskollegs zielt darauf ab, die Führungsfähigkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Sinne eines modernen Managementumfassend weiterzuentwickeln. Dabei soll unter Rückgriff auf vielfältigste Lernformen vor allem Führungshandeln geübt und reflektiert werden.



Staatssekretär Göttrik Wewer (rechts) bei der Übergabe der Urkunden an die Absolventen des V. FKS



Gespanntes Publikum bei der Festveranstaltung im historischen Barocksaal des Alten Rathauses

Staatssekretär Wewer verwies darauf, dass allein in der letzten Legislaturperiode 92 Bundesbehörden aufgelöst und so 20.000 Stellen eingespart worden seien. Diese Entbürokratisierung sei nur dank verstärkter Technisierung möglich gewesen. Das Wissen um deren Einsatzmöglichkeiten und um die Optimierung von Geschäftsprozessen sei ein wichtiges Feld im Weiterbildungsprogramm des exklusiven Speyerer Führungskollegs gewesen, das deutlich mehr sei als eine Art deutsche „Saumagen-ENA“.

Ziel sei es, für „künftige Herausforderungen gewappnet zu sein“. Wewer erläuterte, es sei „ein besonders Privileg“, an dem auch der Persönlichkeitsbildung dienenden Führungskolleg teilnehmen zu dürfen und erklärte den Führungskräften: „Sie gehören zu einer kleinen Elite“, von der Führungskompetenz, Mut und Initiative zu Veränderungen erwartet würden. Insofern seien die Erwartungen an die Absolventen auch sehr hoch. Alle müssten künftig dazu beitragen, dass die Verwaltungen in Zukunft den Bürgern verstärkt Hilfen zur Selbstorganisation anbieten können.

Die Kollegiatinnen und Kollegiaten des unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Professor Dr. Stefan Fisch stehenden fünften Führungskollegs kamen aus den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und dem Saarland sowie von der Bundesanstalt für Arbeit, die alle das Führungskolleg Speyer als länderübergreifende Weiterbildungseinrichtung gemeinsam tragen. Wissenschaftlicher Beauf-

tragter für das VI. Führungskolleg, dem auch die Länder Sachsen und Hamburg angehören werden und das im November 2003 beginnt, ist der Prorektor der DHV Speyer, Univ.-Professor Dr. Hermann Hill. Das VI. FKS will verstärkt neue Formen des elektronisch unterstützten Wissenserwerbs nutzen und ein individuell gestaltetes Praktikum in einem Wirtschaftsunternehmen, einer nationalen oder einer internationalen Verwaltung einbeziehen.

Auf ausdrücklichen Wunsch der Kollegiaten übernahm die Brass-Band des Speyerer Kaiserdom-Gymnasiums die musikalische Umrahmung der Veranstaltung.



Gelungene musikalische Umrahmung durch die Brass-Band des Kaiserdom-Gymnasiums
Fotos: DHV

Aufbau einer Informationsplattform für Rechtsreferendare

Die Reform der Juristenausbildung hat inzwischen ihren Niederschlag in den meisten der juristischen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen der 16 Bundesländer gefunden. Auch in Zukunft wird ein Studium an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer für Referendarinnen und Referendare möglich sein, sei es in der Verwaltungsstuge, sei es in der Wahlstation oder sei es auch in der Anwaltsstuge. An der Hochschule laufen derzeit Anstrengungen, ihr Lehrangebot den neuen Anforderungen anzupassen, so dass auch nach Abschluss der Reform Speyer weiterhin stehen für

- Interdisziplinarität und Praxisbezug seit mehr als 50 Jahren,
- Studierende, die hier vor dem Durchstart in ihre Karriere Verwaltungswissenschaft auf höchstem Niveau erleben,
- Hochschulabsolventen, die einen besonderen Wissensvorsprung in ihre berufliche Tätigkeit einbringen,
- ein Synonym guter Verwaltung und Managements von morgen.

Jedoch bedeutet die aktuelle Reform, dass Rechtsreferendarinnen und -referendare, welche die Weiterqualifizierungsangebote der DHV Speyer in ihrem Vorbereitungsdienst im Rahmen einer Zuweisung durch die Ausbildungsbehörden der Länder in der Verwaltungs-, der Wahl- oder sogar in der Anwaltsstation wahrnehmen wollen, in vielen Fällen neue Wege nach Speyer finden und gehen müssen.

Als erste Orientierungshilfe hat das Rektorat der Hochschule daher im Internet ein Informationsangebot erarbeitet, das maßgeschneidert für jedes Bundesland die wichtigsten Eckdaten enthält, die für eine mögliche Abordnung an die DHV Speyer gelten.

Unter der Internetadresse www.dhv-speyer.de/Studium/Ergaenzung/J/start.htm besteht für jeden Interessenten nun die Möglichkeit, sich mit Blick auf die Planung des Referendariats und des Speyer-Semesters frühzeitig über Fristen, Entsendetermine, Antragsformalitäten und Rechts-

grundlagen in jedem einzelnen Bundesland zu informieren. Weiterführende Links führen gleich zu den verschiedenen Justizprüfungsämtern, Justizministerien oder Ausbildungsbehörden.

Das Angebot, das laufend ergänzt und zukünftig noch weiter ausgebaut sowie durch die Erarbeitung von landesspezifischen Flyern ergänzt werden soll, stellt eine wichtige Hilfestellung für Referendarinnen und Referendare bei der Planung und Vorbereitung ihres Referendariats dar. Insofern kann es im Referendariat dazu beitragen, Wege nach Speyer zu ebneten.

DHV Speyer - Studienangebot - Ergänzungsstudium - Referendariat - Nordrhein-Westfalen - Microsoft Internet Explorer

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Verwaltungswissenschaftliches Ergänzungsstudium

Informationen für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare aus Nordrhein-Westfalen

Vielen Dank für Ihr Interesse an den Entsendemöglichkeiten nordrhein-westfälischer Ausbildungsbehörden an die DHV Speyer.

Eine Entsendung nach Speyer ist in Nordrhein-Westfalen möglich in der

- Verwaltungsstation**
§ 35 VI JAG
- Wahlstation**
§ 35 VI JAG
- Anwaltsstation**
§ 35 VI JAG

• Für die Wahlstation muss spätestens 2 Monate vor Beginn ein Antrag beim OLG-Präsidenten vorliegen (§ 36 II JAG).

Exemplarisch hier ein Auszug aus der Länderinformation „Nordrhein-Westfalen“ <http://www.dhv-speyer.de/Studium/Ergaenzung/J/NRW.htm>

Hörerbefragungen in Speyer

Eine empirische Bestandsaufnahme über sechs Semester

Am 1. September 2003 ist das neue rheinland-pfälzische Hochschulgesetz in Kraft getreten. Das Verwaltungshochschulgesetz (VwHG), das künftig für die DHV Speyer gelten wird, liegt bereits als Regierungsentwurf vor. In beiden Gesetzen ist jeweils in § 5 eine Neuerung enthalten: Forschung und Lehre sollen regelmäßig bewertet werden. An der Bewertung der Lehre sind die Hörerinnen und Hörer zu beteiligen, und die Ergebnisse sollen veröffentlicht werden. Die Begründung zum Regierungsentwurf verweist auf das neue Hochschulrahmengesetz, das eine systematische und regelmäßige Evaluation zur Qualitätssicherung und -entwicklung vorsieht. Das Gesetz fordert die DHV Speyer in diesem Zusammenhang auf, Verfahren zur Qualitätssicherung zu entwickeln.

Diese Neuregelung geht weiter als die bisherige, die nur ganz allgemein vorsah, dass die Hochschule über Forschung und Lehre öffentlich berichtet. Im alten wie im neuen Gesetz (VwHG § 19) steht, dass die Hochschule dazu die Hörerinnen und Hörer anonym über die Lehrveranstaltungen befragen darf. Früher durfte die DHV die Ergebnisse mit Namen der Lehrenden hochschulöffentlich machen, in Zukunft sollen sie hochschulintern einsehbar sein. Hörerbefragungen waren in Speyer also schon lange vorgesehen, neu ist allerdings, dass sie in den Kontext der Bewertung der Lehre sowie der Qualitätssicherung gestellt werden.

Geschichte und Durchführung der Hörerbefragung

Tatsächlich hat die „Hörerbefragung“ an der DHV Speyer bereits eine lange Tradition. Erste Befragungen zu Themenwünschen für Lehrveranstaltungen reichen mindestens bis in das Wintersemester 1972/73 zurück. Ein ausführlicher Fragebogen zur Beurteilung von Lehrveranstaltungen wurde im WS 1985/86 mit Beratung des Lehrstuhls Prof. Dr. Helmut Klages entwickelt und in den Folgejahren wiederholt verändert. Die Initiative lag bei der Hörschaft, die die Befragung seitdem in eigener Regie durchführt. So werden die Ergebnisse seit 1987/88 von den Hörervertretern/innen im Lehrplanausschuss und im Senat berichtet. Auch wenn die Hochschule die Hörerbefragung nicht institutionalisiert hat, fanden die Ergebnisse Aufmerksamkeit und Verwendung. Seit 1992 berichtet der Rektor in den Sitzungen des Verwaltungsrates der DHV über die Hörerbefragung, und im WS 1999/2000 wurde erstmals ein Lehrbericht für den Verwaltungsrat erstellt, der die Ergebnisse seitdem auf aggregierten

Niveau - also nicht auf individuelle Lehrende bezogen - enthält.

Als allgemeines Ziel der Befragung hat sich herauskristallisiert, die Qualität der Lehrveranstaltungen und die Zufriedenheit der Hörer/innen mit ihnen sicher zu stellen. Die Ergebnisse werden hochschulintern veröffentlicht und allen Lehrenden direkt zugestellt. Sie dienen einerseits dem Senatsausschuss für Lehre und Studium bzw. der Hochschulleitung als Hinweis für die Gestaltung des künftigen Lehrangebots, andererseits den Lehrenden als Korrektiv für ihre individuellen Veranstaltungen. Eine Hörerbefragung ist der erste Schritt zu einer umfassenden Bewertung der Lehre, weitere Schritte stehen noch aus. Bislang leitet die Hochschule aus den Ergebnissen nicht systematisch Empfehlungen für Veränderungen ab, und über die fortlaufende Erhebung der Zufriedenheit hinaus werden keine weiteren Fragestellungen verfolgt.

Ergänzend sind jedoch die Befragungen zur Infrastruktur der DHV zu erwähnen, die Aspekte des Lehrbetriebs - wie Hörersekretariat, Bibliothek, Rechenzentrum - mit abdecken. Die letzte Befragung fand 2001 statt und ergab in fast allen Bereichen eine große Zufriedenheit der Hörer/innen.

Fragebogen und Datengrundlage

Aus der Geschichte der Hörerbefragung ergibt sich, dass das Instrument über die Jahre gewachsen ist. Der jetzige Fragebogen ist nicht unter methodischen Gesichtspunkten konstruiert oder getestet. Er wurde vielmehr von Hörergeneration zu Hörergeneration weitergegeben und dabei zeitweise verändert. Der Autor war folglich an der Konstruktion des Fragebogens nicht beteiligt und hat in den letzten sechs Semestern lediglich die statistischen Auswertungen vorgenommen. Da die Befragung in dieser Zeit praktisch unverändert stattfand, eröffnet sich die Möglichkeit zu den folgenden Analysen über einen längeren Zeitraum. Ihr liegen aggregierte Daten von mehr als 2300 Hörern/innen zugrunde, die 158 Seminare, 148 projektbezogene Arbeitsgemeinschaften (AGs), 132 Landesübungen sowie das Speyer-Semester insgesamt beurteilt haben. Bei den Befragungen wurde stets ein sehr hoher Rücklauf von ca. 80% erreicht. Wenn in den Analysen alle Seminare, AGs und Landesübungen jeweils als einheitliche Veranstaltungsform betrachtet werden, ist zu bedenken, dass es innerhalb einer Form auch beträchtliche Unterschiede geben kann.

Der Fragebogen enthält für jede Veranstaltungsform jeweils eine eigene Seite mit Fragen vom Typ: „Wie vermittelt die Dozentin/der Dozent die Inhal-

te?" Als Antwort wird eine Zahl von 1 (sehr schlecht) bis 7 (sehr gut) angekreuzt. Weitere Seiten betreffen andere Veranstaltungsformen und das gesamte Speyer-Semester. Die Zufriedenheit der Hörer/innen wird jeweils in erster Linie mit der Frage erfasst, ob sie die einzelne Lehrveranstaltung bzw. das Studium in Speyer weiter empfehlen würden ("Empfehlungsfrage"). Bei den Landesübungen weicht der Fragebogen von diesem Prinzip ab und fragt nach einem "Gesamteindruck". Diesen summarischen Fragen voran gehen - je nach Veranstaltungsform - 5-10 detaillierte Fragen, die sich grob in drei Gruppen gliedern lassen:

- Didaktik (Aufbereitung und Vermittlung der Inhalte)
- Engagement der Lehrenden, Betreuung
- Lerneffekt, Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung, Praxisbezug.

Ergebnisse der Auswertungen

Als erstes ist festzustellen, dass alle Aspekte der Lehre in Speyer tendenziell positiv bewertet werden, also die Antworten im Mittel im positiven Bereich der Antwortskala - zwischen 4 und 7 - liegen. Abbildung 1 macht dies für vier zentrale Größen über die letzten sechs Semester deutlich. Für die „Empfehlungsfrage“ zum Speyer-Semester zeigen sich leichte Schwankungen, deren absolute Größe freilich kaum bedeutsam ist. Die Hochschulintern seit langem beobachtete Tatsache, dass Hörerinnen

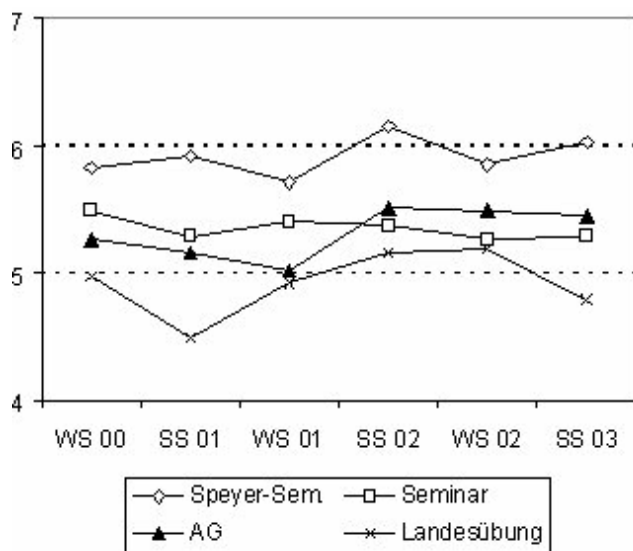


Abbildung 1: Entwicklung der Zufriedenheit der Hörer mit dem Speyer-Semester insgesamt und den Seminaren, projektbezogenen Arbeitsgemeinschaften und Landesübungen (Skala von 1= schlecht bis 7 = sehr gut).

und Hörer in Sommersemestern zufriedener sind, erweist sich auch als statistisch signifikant und ist vermutlich auf ökologische Faktoren - das Sommerwetter - zurückzuführen. Im Vergleich zum gleichmäßigen Verlauf bei den Seminaren fällt bei den

AGs ein abrupter Anstieg der Zufriedenheit vor drei Semestern auf; sie sind seitdem die attraktivsten Veranstaltungen. Am wenigsten Zufriedenheit herrscht in den Landesübungen zur Examensvorbereitung. Hier war bis zum WS 2002/03 eine deutliche Verbesserung zu erkennen, zuletzt hat sich dieser Trend jedoch wieder umgekehrt.

In einer vertiefenden Regressionsanalyse wurde untersucht, ob die Gesamtzufriedenheit mit dem Speyer-Semester durch andere, in der Befragung erfasste Faktoren zu erklären ist. Dies ist nur zu einem relativ geringen Anteil von 12% (R^2) möglich; relevante Faktoren waren erwartungsgemäß die Zufriedenheit mit dem Seminar und mit der AG, während die Landesübung keinen Einfluss hat.

Differenziertere Beurteilung der Lehrveranstaltungen

Die in der Hörerbefragung enthaltenen Fragen zielen auf unterschiedliche Aspekte der Lehrveranstaltungen ab. Mit einer Faktorenanalyse wurde daher die inhaltliche Gruppierung der einzelnen Fragen untersucht. Das Ergebnis lautet, dass jeweils alle Fragen zu einer Veranstaltungsform eine sehr einheitliche Dimension bilden. Die 6-11 verschiedenen Fragen enthalten also weitgehend die gleiche Information, die am deutlichsten in der Empfehlungsfrage bzw. dem Gesamturteil zum Ausdruck kommt, die jeweils die größte Faktorladung aufweisen. Die Hoffnung, über viele differenzierte Fragen ein mehrdimensionales Urteil zu erhalten, erfüllt sich im vorliegenden Fall nicht. Dagegen sind die Urteile der Hörer/innen über die verschiedenen Veranstaltungsformen statistisch weitgehend unabhängig voneinander.

Wenn oben festgestellt wurde, dass alle Fragen zu einer Veranstaltungsform nur eine Aussage enthalten, kann diese Aussage durch eine weitere Analyse besser verständlich werden. In einer Regressionsanalyse wurde untersucht, mit welchem Gewicht die anderen Fragen in der abschließenden "Empfehlungsfrage" bzw. in dem Gesamturteil enthalten sind. Die ermittelten Beta-Gewichte der jeweiligen Fragen sind direkt miteinander vergleichbar. Die Ergebnisse für Seminare und projektbezogene AGs weisen Ähnlichkeiten auf und geben genauere Einblicke in das, was mit der „Empfehlungsfrage“ gemessen wird (Abbildung 2).

Wenn die Hörer/innen eine Empfehlung aussprechen, dann richtet sich diese an künftige Hörer/innen, denen sie ähnliche Ausgangsbedingungen und Bedürfnisse unterstellen. Folgerichtig machen sie ihren persönlichen Nutzen aus der Veranstaltung zur Grundlage der Empfehlung. Dies ist - als deutlich stärkster Faktor - der Lerneffekt. Der zweitstärkste Faktor, die aktive Mitwirkungsmöglichkeit

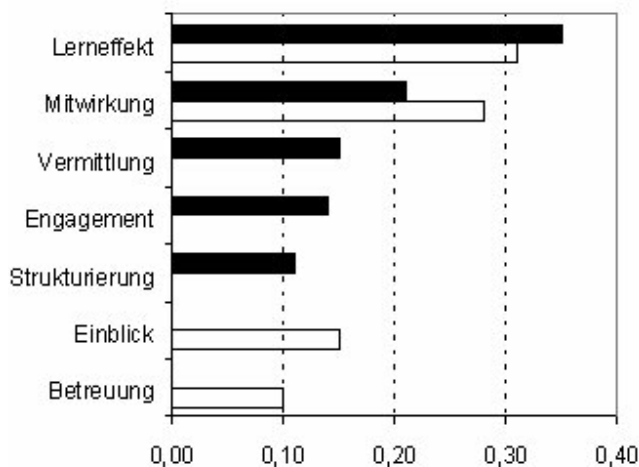


Abbildung 2: Gewichte der statistisch signifikanten Einflussfaktoren für die Weiterempfehlung von Seminaren (schwarze Balken) und Arbeitsgemeinschaften (weiße Balken; standardisierte Beta-Gewichte)

in der Veranstaltung, sagt etwas über die bevorzugte Art des Lernens aus: Der Lernerfolg wird durch eine aktive Mitwirkung gefördert, wenn die Gestaltung von Seminar und AG sowie der Dozent oder die Dozentin dazu ermuntern. Dieser Zusammenhang ergibt sich auch aus Erkenntnissen der Lernpsychologie, die zeigen, dass Lehrformen, die durch dozierende Lehrende und passive Lernende gekennzeichnet sind, für den Lernerfolg wenig effektiv sind. Sie führen beispielsweise zu „trägem Wissen“, dessen Anwendung in der Praxis und im späteren Berufsleben schwer fällt oder misslingt.

Die weiteren relevanten Faktoren für die Empfehlungsfrage - die Art der Vermittlung und die Strukturiertheit der Inhalte im Seminar, der gewährte Einblick ins Thema bei der Arbeitsgemeinschaft - thematisieren die Didaktik. Auch das Engagement der Lehrenden im Seminar und die Betreuung in der AG haben noch ein Gewicht, jedoch ist deren Stellenwert vergleichsweise gering. Es verwundert, dass Praxisbezug und Teamarbeit bei den Arbeitsgemeinschaften keine Rolle spielen. Zusammenfassend geben die Hörer/innen also weniger ein direktes Urteil über die Veranstaltung, deren Lehrinhalte oder die Lehrenden ab, sondern ein Urteil über den persönlichen Nutzen, den sie aus der Veranstaltung ziehen. Dieses Ergebnis unterstreicht die Aussagekraft der Befragung, da die Hörer/innen ihren eigenen Lernerfolg zweifellos gut beurteilen können.

Fazit und Ausblick

Was wurde also geleistet? Die Hörerbefragung gibt den Hörerinnen und Hörern seit langem die Gelegenheit, ihre Anliegen hochschulöffentlich zu machen. Die einen oder anderen Lehrbeauftragten und Übungsleiter konnten durch Personen ersetzt wer-

den, die besser zur DHV passen. In methodischer Hinsicht bleibt es unbefriedigend, dass das umfangreiche Befragungsinstrument keine multidimensionalen Ergebnisse liefert, wie es bei vergleichbaren Untersuchungen der Fall ist. Auch wenn sich der Speyerer Fragebogen in weiten Teilen mit etablierten Verfahren überschneidet, sind einige Fragenbereiche ausgenommen, deren Ergänzung zu erwägen wäre:

- Inhaltliche Anforderungen, Ansprüche der Lehrenden
- Verhalten der Lehrenden gegenüber den Hörern/innen
- Rahmenbedingungen (Zeitmanagement, Veranstaltungsorganisation usw.).

Die differenzierte, multidimensionale Aussage ist Voraussetzung für die erste wichtige Funktion solcher Befragungen, nämlich die Rückmeldung an die Lehrenden. Die zweite Funktion, als Teil einer umfassenden Bewertung der Lehre zu ihrer langfristigen Weiterentwicklung beizutragen, kann durch eine Kombination mit anderen Verfahren ausgebaut werden. In diesem Bereich verbreitete Verfahren sind z. B. eine Befragung der Lehrenden, Verbleibsstudien von Absolventen/innen sowie die Bewertung eines gesamten Studiengangs durch externe Experten (Peers).

Wie geht es weiter? Wie die eingangs erwähnten Gesetzesänderungen zeigen, finden im Bereich der Bewertung von Forschung und Lehre gerade Entwicklungen statt, die auch an Speyer nicht spurlos vorbei gehen. Das neue Dienstrecht für Professoren sieht die sogenannte W-Besoldung vor, bei der Leistungen in Forschung und Lehre einen Einfluss auf die individuellen Bezüge der Professoren/innen haben werden. Eine Bewertung der Lehre liefert ein mögliches Leistungskriterium. Um auf diese und andere Veränderungen vorbereitet zu sein, hat sich die DHV in diesem Jahr an der Gründung eines Evaluierungsverbundes der südwestdeutschen Hochschulen beteiligt. Dessen Ziel ist die Bündelung von Kompetenzen und die gegenseitige Unterstützung der Hochschulen in Evaluationsfragen.

Stefan Koch

Der Autor dankt dem langjährigen Vorsitzenden des Senatsausschusses für Studium und Lehre, Herrn Univ.-Professor Dr. Dieter Duwendag, für seine Unterstützung.

Personalialia (1. Mai 2003 bis 30. September 2003)

a) Einstellungen:

01.05.03 Dietze, Doris, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Bohne

01.09.03 Rothermel, Melanie, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Magiera

b) Ausscheiden:

30.04.03 Graf, Oliver, Assessor, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Bohne

05.05.03 Ritter, Anna, Angestellte im Sekretariat des Referenten für Aufbaustudium und Fortbildung

30.06.03 Anné, Hilde, Verwalterin des neuen Wohnheims

31.08.03 Ritter, Stefanie, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Magiera

31.08.03 Dr. Hewer, Alexander, Dipl.-Kaufm., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Professor Dr. Dr. h.c. Lüder

30.09.03 Wabro, Hans-Peter, Ass., Mag. rer. publ., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Reinermann

30.09.03 Dr. Draheim, Antje, Assessorin, Angestellte im Bereich Rektorat

30.09.03 Günther, Ursula, Dipl.-Bibliothekarin

c) Entpflichtungen:

30.09.03 **Universitäts-Professor Dr. Heinrich Reinermann**, Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und Verwaltungsinformatik

30.09.03 **Universitäts-Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Lüder**, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Öffentliche Finanzwirtschaft und Allgemeine Betriebswirtschaftslehre

d) Dienstjubiläen:

Akademischer Direktor **Wilfried Frankenbach**, Diplom-Wirtschaftsingenieur, Referent im Hochschulrechenzentrum, beging am 30. Juni 2003 sein 25-jähriges Dienstjubiläum.

Promotionen im Sommersemester 2003

Uta-Bettina von Altenbockum: Das schwedische Verwaltungsmodell – wie selbständig sind die Zentralbehörden Schwedens wirklich? Gutachter: H. Siedentopf/C. Böhret

Regina Betz: Emissionshandel zur Bekämpfung des Treibhauseffektes: Der Einfluss der Ausgestaltung auf die Transaktionskosten – am Beispiel Deutschland. Gutachter: G. Färber/E. Müller

Thomas Freund: Kommunale Standardöffnungs- und Experimentierklauseln im Lichte der Verfassung. Gutachter: D. Merten/H. Hill

Thomas Knoll: Das Bonner Bundeskanzleramt – Organisation und Funktionen der Regierungszentrale der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis zum Berlin-Umzug. Gutachter: K. König/S. Fisch

Samodra Wibawa: Modernisierung der Kabupatenverwaltung: Weiterentwicklung der sich reformierenden indonesischen Kommunalverwaltung unter Berücksichtigung des deutschen 'Neuen Steuerungsmodells'. Gutachter: R. Pitschas/H. Klages

Alexander Hewer: Finanzkontrolle im Neuen Öffentlichen Rechnungswesen. Gutachter: K. Lüder/H. Reinermann

Julian Lemor: Der Betrieb von Spielbanken im Spannungsverhältnis zwischen grundrechtlicher Berufsfreiheit und Gefahrenabwehr. Gutachter: D. Merten/J. Ziekow

Stefan Schmidt: Organisations- und Rechtsfragen als Folgen der Kommerzialisierung des Fußballsports – dargestellt an der Verbandsreform des Deutschen Fußball-Bundes. Gutachter: H. Hill/J. Ziekow

Antje Draheim: Probleme der finanzpolitischen Willensbildung in Europa. Eine kritische Analyse der europäischen Haushalts- und Finanzverfassung. Gutachter: G. Färber/H. Siedentopf

Publikationen

Schriftenreihe

- 156 Jörn von Lucke, Regieren und Verwalten im Informationszeitalter, Berlin 2003
- 157 Hans Herbert von Arnim (Hrsg.), Reform der Parteidemokratie. Beiträge auf der 5. Speyerer Demokratietagung vom 25. bis 26. Oktober an der DHV Speyer, Berlin 2003
- 158 Jan Ziekow (Hrsg.), Bewertung von Fluglärm - Regionalplanung - Planfeststellungsverfahren. Vorträge auf den Vierten Speyerer Planungsrechtstagen und dem Speyerer Luftverkehrsrechtstag vom 13. bis 15. März 2002 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2003

Vorträge

- 72 Christoph Grimm, Verwaltungswissenschaften und Volksvertretungen - Versuch einer Annäherung. Vortrag anlässlich der Eröffnung des Sommersemesters 2003, Speyer 2003
- 73 Annette Guckelberger, Zulässigkeit von Polizeifolter? Antrittsvorlesung im Sommersemester 2003, Speyer 2003 (Veröffentlichung in Vorbereitung)
- 74 Klaus Lüder, Vom Ende der Kameralistik. Abschiedsvorlesung im Sommersemester 2003, Speyer 2003

Arbeitshefte

- 154 Thomas Bartholmes, Die „Flick-Affäre“ - Verlauf und Folgen, Speyer 2003
- 155 Christian Wilhelm Meyer/Marcus Jurij Vogt (Hrsg.), CIMIC-Faktoren I: Militärische Aspekte, Speyer 2003
- 156 Christian Wilhelm Meyer/Marcus Jurij Vogt (Hrsg.), CIMIC-Faktoren II: Internationale Organisationen, Speyer 2003
- 157 Christian Wilhelm Meyer/Marcus Jurij Vogt (Hrsg.), CIMIC-Faktoren III: Nichtregierungsorganisationen (NRO/NGO). Gestaltung Südeuropas (Veröffentlichung in Vorbereitung)
- 160 Arne Franz, Gibt es für kommunale Bürgerämter/Bürgerbüros einen dauerhaften Stellenwert im Konzept des elektronischen Rathauses?, Speyer 2003

Neu erschienen und kurz vorgestellt

Sammelband zu „Globalisierung und Politik“

Die Globalisierung gilt interdisziplinär als ein gewichtiger Einflussfaktor für verschiedenste politische und soziale Bereiche. Die seit einigen Jahren an öffentlicher Bedeutung gewinnende „globalisierungskritische“ Bewegung ist dafür ein Indiz. Daraus erwachsen neue Herausforderungen für die politische Steuerung und demzufolge auch für die öffentliche Verwaltung. Der Sammelband „Die neuen Kommandohöhen - Untersuchungen über Globalisierung und Politik“ (VWF Verlag Berlin, Okt. 2003) spürt diesen Herausforderungen nach. Vier Perspektiven der Globalisierung werden behandelt: Global Governance, Soziale Frage(n), Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik sowie internationale Sicherheit. Die 13 Autoren kommen aus Wissenschaft, Politik und auch aus der globalisierungskritischen Bewegung selbst. Beiträge von Erich Stather (Staatssekretär BMZ), Marita Wiggerthale (Germanwatch), Carl Böhrer (Prof., DHV), Malu Dreyer (Sozialministerin RLP), Dieter Duwendag (Prof., DHV) u. a.

FKS - Führungsbrevier

Im Berliner „Wissenschaftsverlag“ erschien im Juni 2003 das von den Kollegiaten des II. FKS vorbereitete und herausgegebene 218-seitige „Führungsbrevier. Sprüche und Aphorismen für (und gegen) Politiker und Bürokraten“. In fünf Kapiteln werden die hauptsächlich während der Kurswochen gesammelten Aphorismen wiedergegeben; mehrere Karikaturen zum Thema kann man außerdem betrachten. Das „Führungsbrevier“ hat schon einige Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

